

Inland.

Berlin, den 20. Okt. Der Justiz-Kommissarius und Notarius Heu bach zu Saalfeld ist auf seinen Antrag nach Braunsberg versetzt worden.

Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika am hiesigen Hofe, Donelson, ist von Frankfurt a. M. hier angekommen. — Der Bischof des Bisthums Kulm, Dr. Seblag, ist nach Kulm abgereist.

△ Berlin, den 19. Oktober. Wie wenig die traurigen Ereignisse vom Montag selbst der radikalen Partei erwünscht kamen, wird aus ihren heutigen Maueranschlägen ersichtlich. Der demokratische Club hatte auf gestern Abend eine geheime Sitzung angesetzt, es sollten nur die wirklichen Mitglieder unter Vorzeigung ihrer Karten Zutritt erhalten. Das Resultat dieser Sitzung ist ein Anschlag, dessen Ton schon aus der Unterschrift ersichtlich ist: „Berlin am 18. Oktober als am Jahrestage der Schlacht, in welcher das Volk vergeblich für seine Freiheit, vergeblich für seine Einigkeit foht.“ In diesem Anschläge werden als die von den „gekränkten“ Arbeitern gestellten Forderungen außer den gestern schon erwähnten (Bestattung auf Staatskosten, Verpflegung der Verwundeten und Hinterbliebenen, Bestrafung der Schuldigen) noch genannt: Befreiung der während des Kampfes Verhafteten und Tagelohn an die Arbeiter für die zwei verlorenen Tage. Als Forderungen des Volks aber werden noch hinzugefügt: Befreiung der politischen Gefangenen, Zurücknahme des Bürgerwehrgesetzes, allgemeine Volksbewaffnung, Absetzung des Ministeriums und Ernennung eines freisinnigen Ministeriums. Uebrigens wird der Conflict mit der Bürgerwehr höchlich bedauert, zur Eintracht ermahnt, da die Zeit zum Kampfe noch nicht reif sei u. dergl. Diesen letzten Gesichtspunkt hebt ein Anschlag des Volksclubs an die Arbeiter noch mehr hervor. Er ermahnt auch zur Eintracht mit der Bürgerwehr, in der nur einzelne Schuldige seien. Man müsse mit ihr Hand in Hand gehen und im Vereine mit ihr den kommenden Kampf kämpfen, um das Säbelregiment zu stürzen, den Kampf der „unvermeidlichen Revolution.“ Und in einem anderen an die Bürgerwehr gerichteten Anschläge desselben Volksclubs wird die Bürgerwehr in Folge der Vorgänge vom Montage darauf aufmerksam gemacht, wie sehr die Reaktion in ihren Reihen und namentlich unter ihren Offizieren thätig sei, sie möge daher unter allen ihren Offizieren eine Neuwahl vornehmen und alle Reaktionäre daraus ausschließen.

Berlin, den 20. Okt. Auf das von der Stadtverordneten-Versammlung an Se. Maj. den König unter dem 15. d. M. gerichtete Glückwunschschreiben ist die nachfolgende Antwort Sr. Majestät eingegangen: „Mit wahrer Freude habe Ich an Meinem Geburtstage den Ausdruck treuer Gesinnungen von den Vertretern Meiner lieben Vaterstadt entgegengenommen. Es ist Meinem Herzen wohlthuend, daß Sie diese Treue aus dem Bewußtsein der Wahrhaftigkeit schöpfen, die Meine Verheißungen vom März d. J., wie alle Meine Bestrebungen für das Vaterland stets geleitet hat. Ja, Ich will, wie Ich es immer als meine schönste und heiligste Aufgabe erkannt habe, Mein getreues Volk zur wahren Freiheit führen, darum habe Ich seine Vertreter berufen, darum, in aller Langmuth, den Ausdruck jeder Art von Gesinnung zu Stande kommen lassen, und Ich habe zum Troste aller aufrichtigen Freunde des Vaterlandes erkannt, daß der Sinn für Ordnung und Geseßlichkeit, wie für wahrhaft deutsche Sitten und Einrichtungen, bei dem besten und größten Theil Meines Volkes nicht erloschen ist, sondern nur der Anregung bedarf, um zum Segen Aller sich zu entfalten. So wollen Sie denn fernerhin im festen Vertrauen zu mir stehen, und sich nicht beirren lassen.“ Sanssouci, 18. Okt. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm.

Das Leichenbegängniß der dem Arbeiterstande angehörenden, am 16. gefallenen Mitbürger wird heut Nachmittag um 2 Uhr vom Opernplatze aus nach dem Kirchhofe vor dem Hallischen Thore stattfinden. Mehr als 20 Gewerke hatten bereits gestern Abend ihre Theilnahme zugesagt, und man glaubt, daß sich auch viele Bürgerwehrmänner und Vereine anschließen werden.

— Abermals ist gestern eine massenhafte Arbeitseinstellung, und zwar der hiesigen Kattundrucker, erfolgt. Sie verlangen nämlich die sofortige Beschäftigung aller ihrer jetzt brodlosen Handarbeiter-Genossen, und daß, bis dies geschehen, auch jeglicher Maschinenruck ruhen solle. Die Besitzer der Kattunfabriken wünschen nun, in Uebereinstimmung mit ihren Arbeitern, die Niedersetzung von Schiedsrichtern zur Schlichtung der Streitpunkte. In diesen Schiedsrichterlichen Ausschüß sollen auch Mitglieder der Nationalversammlung treten.

Danzig, den 16. Okt. In unserer Nachbarstadt Elbing, wo schon seit längerer Zeit sich die Parteien scharf gegenüberstanden, hat der Geburtstag des Königs leider zu einer bedeutenden Unruhe Veranlassung gegeben. Schon Ausgangs voriger Woche hatte die reaktionäre Partei (hier wie in Danzig hauptsächlich aus Sackträgern und Speicherarbeitern bestehend, die von einigen aus Eigennuß reactionären Kaufleuten und Pfaffen bearbeitet werden), gedroht, sie würde Denjenigen, welche am Geburtstage Sr. Maj. nicht illuminiren würden, die Fenster einwerfen. Nachdem sie, ihrer eigenen Stärke nicht trauend, bigotte Landleute aus der Umgegend am gestrigen Vormittage unter allerlei Vorspiegelungen zur Stadt gezogen, begannen sie am Abend die Fenster einiger Nicht-illuminirenden einzuwerfen. Vorzüglich richteten sie ihre Wuth gegen das Haus des bekannten früheren freisinnigen Landtags-Deputirten, Kaufmanns J. van Riesen. Vergeblich war das Einschreiten der Bürgerwehr, welche nothgedrungen

fogar zur Feuerwaffe griff, und schließlich, zur Bewältigung der auf mehr als tausend Tumultuirende angewachsenen Masse sich zu schwach erkennend, die Hülfe des Militärs requirirte. Der Commandeur desselben, Major v. Knobloch, welcher durch gütliches Zureden die Menge zum Auseinandergehen bewegen wollte, wurde durch einen Steinwurf erheblich am Kopfe verletzt. Nun hieben die Hufaren scharf ein, die Bürgerwehr machte eine Charge mit dem Gewehr, und so gelang es endlich, die tumultuirenden Motten zu zersprengen. Von den Unruheflüthern sollen zehn theils auf dem Plage geblieben, theils tödtlich verletzt sein; aber auch Bürgerwehr und Militär zählen in ihren Reihen viele durch Steinwürfe mehr oder minder schwer Verlegte. Gestern schon wurde eine ziemliche Menge Gefangene gemacht, und heute noch dauern die Verhaftungen fort.

Frankfurt a. M., den 16. Okt. (D. P. M. Z.) 97te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Vorsitzender: Präsident von Gagern. Der Präsident zeigt den Austritt des Abgeordneten Compes aus Köln, eben so den Austritt des Abgeordneten des 17ten Schleßischen Wahlbezirks, Delsner, an. Der Vorsitz des volkswirtschaftlichen Ausschusses ist in Folge des Rücktritts des Abgeordneten von Neben auf den Abg. Eisenfuch übergegangen. Der Reichs-Minister des Innern, von Schmerling, theilt der Reichs-Versammlung in einem Schreiben mit, daß der Belagerungs-Zustand dahier werde aufgehoben werden, wenn das Gesetz vom 10. Oktober zum Schutze der National-Versammlung in Frankfurt und dessen weiterer Umgebung in Kraft getreten ist. Uebrigens werden die zum Schutze der National-Versammlung ergriffenen Maßregeln fort dauern. Der Königlich Niederländische außerordentliche Gesandte und Bevollmächtigte bei der Centralgewalt hat dem Präsidium ein Promemoria bezüglich der beabsichtigten Aufhebung der Flußzölle übersendet. Es sind verschiedene neue Beiträge zum Flottenbau eingegangen. Förster von Hünfeld interpellirt das Reichs-Ministerium: 1) welche Stellung es den Oesterreichischen Ereignissen gegenüber einzunehmen gedenke, 2) was für Anknüpfung eines Bündnisses mit Ungarn geschehen sei, 3) welche Maßregeln das Ministerium ergreifen werde, um die Donaufürstenthümer von den Russischen Truppen zu befreien. Detmold interpellirt, ob amtliche Nachrichten über die Ermordung des Kriegs-Ministers Latour in Wien eingegangen seien, und ob es wahr sei, daß die bewilligte Amnestie sich auch auf jene Mörder erstrecke. Schmidt von Löwenberg fragt, ob es wahr sei, daß Nummern der Flugblätter unter dem Siegel des Reichs-Ministeriums versendet worden seien. von Neben verlangt Aufklärung über die von dem Reichs-Ministerium beabsichtigten Maßregeln gegenüber dem bevorstehenden Ablaufe der gegenwärtigen Zollvereinsperiode. Reichsminister von Schmerling behält sich die Beantwortung der Interpellationen bezüglich des Verhältnisses zur Schweiz bis zur erfolgten Ordnung der einschlägigen Papiere vor. Die Interpellation von Vogt wird das Reichs-Ministerium wegen des unparlamentarischen Tons derselben nicht beantworten. Das Reichs-Ministerium hat die Wichtigkeit der Donaufürstenthümer für Deutschland in vollen Umfange erkannt; es wird dem Deutschen Elemente dort so bald als möglich Geltung verschaffen, Bedingung für entsprechende Maßregeln ist die bereits in Aussicht genommene Anknüpfung eines diplomatischen Verkehrs mit denselben. Bezüglich Ungarns hat das Reichs-Ministerium bereits seine Sympathieen ausgesprochen; zur Anknüpfung von diplomatischen Verbindungen ist der jetzige Zustand des Landes nicht geeignet. Sobald die Ereignisse in Wien dahier bekannt waren, und dasjenige, was in Frankfurt bekannt wurde, war nur die Geschichte eines in Wien entstandenen traurigen Bürgerkrieges, dessen weitere Folgen begreiflich damals nicht ermessen werden konnten, hat das Reichs-Ministerium im hohen Grade die Wichtigkeit erkannt, einem Bundesstaate jene Rücksicht angedeihen zu lassen, welche die Wichtigkeit jener Ereignisse in hohem Grade in Anspruch nahm. Wir haben, ohne uns weiter in Untersuchungen über die Leiter der Bewegung und die Richtung derselben einzulassen, verneint, daß es die erste und hauptsächlichste Aufgabe der Centralgewalt sei, dahin zu wirken, daß der Bürgerkrieg, welcher sich entzündet, so bald als möglich beendet und auf friedliche Weise die entgegenstehenden Interessen zur Ausgleichung gebracht werden mögen. Das einzige Mittel, welches das Ministerium schon bei der großen Entfernung Wiens für möglich und angemessen erachtet hat, war die unverzügliche Bestellung von Reichs-Commissairen, welche sich an Ort und Stelle von der Lage der Sache zu überzeugen und dann die zu Beendigung des Bürgerkrieges erforderlichen Maßregeln zu ergreifen hätten. Auf die Interpellation, ob bereits Reichstruppen nach Oesterreich beordert worden sein, ist mit einem Nein zu antworten. Das Ministerium hat zur Sendung von Reichstruppen nach Oesterreich in dem, was ihm von den Vorgängen bekannt wurde, durchaus keinen Anlaß gefunden; allein in der Vollmacht der Commissarien liegt das Mittel, wenn sie sich an Ort und Stelle von der Nothwendigkeit der Herbeirufung von Reichstruppen überzeugen sollten, solche sofort zu requiriren, und diese Requisition würde dann schneller erfolgen, als wenn sie erst von Frankfurt aus angeordnet werden müßte. Hierdurch glaubt das Ministerium dasjenige eingeleitet zu haben, was ihm nach Lage der Dinge das allein Mögliche und Zweckmäßige schien. — Auf die Interpellation Wesendonck's: ob das Ministerium der Bayerischen Regierung die Wahrung des monarchisch-constitutionellen Systems

in Deutschland für immer zugesichert habe, verließ der Minister das bereits bekannte Schreiben des Bayerischen Gesamtministeriums wegen Anerkennung der Centralgewalt, und die Antwort des Reichsministeriums. Dieses hat erklärt, daß es das constitutionell-monarchische Prinzip in den einzelnen Staaten wahren werde, und es sei dies seine Pflicht, so lange es daselbst gesetzlich und verfassungsmäßig bestehe. Darin liege kein Eingriff in die noch zu bildende Gesamtverfassung Deutschlands. Auf die Anfrage des Abg. Schmidt wegen Versendung der Flugblätter — eine Interpellation, die von einem Polizeidirektor unter Metternich hätte gestellt werden können — werde das Ministerium, wohl im Einverständnis mit der Mehrheit der Versammlung, nicht antworten. (Beifall auf der Rechten und im Centrum.) — Hinsichtlich der Interpellation Zahn's, welche Schritte das Ministerium gegen die große Verschwörung der Wähler gethan habe, theilt der Reichsminister den Aufruf des demokratischen Central-Comités in Berlin, zur Einberufung einer neuen konstituierenden Versammlung auf den 26. Oktober, und eine Requisition des Reichs-Ministeriums an das Preuß. Ministerium behufs der Ueberwachung jener Versammlung und zwar unter Hinweisung auf das Gesetz vom 10. Okt., mit. Ein Antrag Wesendonck's, daß untersucht werde, ob die Weigerung des Reichsministers von Schmerling, auf eine Interpellation wegen des angeblich ungeeigneten Tones nicht zu antworten, im Einklang mit dem Gesetz über Beantwortung der Interpellationen stehe, wird an den Gesetzgebungs-Ausschuß gewiesen. Reichsminister v. Mohl erklärt, daß amtliche Mittheilungen hinsichtlich der Ermordung des Ministers Latour nicht eingegangen seien, daß das Ministerium sich in die Amnestiefrage nicht einmischen werde, daß es aber das Zusammenwerfen der Amnestie für politische Verbrechen mit derjenigen für Mord nicht für geeignet würde erachten können. Neh aus Darmstadt stellt den präjudiziellen Antrag, die National-Versammlung wolle den ersten und dritten Punkt der heutigen Tagesordnung (betreffend die gegen das Verhalten v. Soiron's (7. und 8. August), gegen die Anträge von Schmidt und Wiesner, v. Sager's und das Verhalten Simpson's (5. Oktober) angebrachten Beschwerden) mit Stillschweigen bedecken, in der Hoffnung, daß ähnliche Ausfälle fernerhin nicht mehr vorkommen würden. Die Dringlichkeit dieses Antrags wird zugelassen, worauf Neh das Wort erhält. Der Redner bemerkt schließlich: Weder Mißbilligung noch Tadel dürfe beschlossen werden, sondern im vorliegenden Falle sei an das Gefühl der Sitte und des Anstandes zu appelliren. (Bravo!) Es meldet sich kein weiterer Redner, weshalb die Abstimmung vorgenommen und der Reiche Antrag mit großer Majorität unter anhaltendem Beifall zum Beschluß erhoben wird. Der Präsident bemerkt, daß mit dem Ausschlußberichte noch ein Reglement in Betreff des Ordnungsrufes in Verbindung gesetzt ist. Ein Antrag Fischer's aus Jena, die National-Versammlung wolle beschließen, die Berathung über die Bestimmungen des Ordnungsrufes bis zur Berathung über das Disziplinar-Gesetz zu verschieben, wird angenommen, wodurch auch dieser Gegenstand seine Erledigung findet.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Berathung über den vom Abgeordneten Langerfeldt, Namens des Ausschusses für Prüfung der wider mehrere Mitglieder der Nationalversammlung beantragten gerichtlichen Untersuchung, beziehentlich Verhaftung, erstatteten Bericht. Eisenmann erhält das Wort über eine Vorfrage und stellt den Antrag, die Diskussion für überflüssig zu erklären und sogleich zur Abstimmung überzugehen, da Jeder sich sein Urtheil bereits gebildet habe. Der Antrag findet keine Unterstützung. Zimmermann von Stuttgart vertheidigt die angeklagten Freunde, im Allgemeinen in der Sache für sie sprechend; stellt den Antrag: die hohe Versammlung möge beschließen und erklären, daß zu einer Einleitung einer Untersuchung gegen die drei Abgeordneten hinreichender Grund nicht vorhanden sei und daß eine einfache Vernehmung genüge. Die Zeit der Revolutionen ist im Gange. Wir werden der Bewegung nicht das Geleits anweisen können, sondern der Geist, der in der Zeit ist, ein mächtigerer Geist als der unsrige, der wird der Bewegung ihren Weg anweisen. Aber etwas können wir thun, damit keine Entzündung mehr hervorbreche, und ich meine, zweierlei würde dazu gut sein: wenn wir uns selbst, meine Herren, gegenseitig mehr Anerkennung und mehr Gerechtigkeit erwiesen, und wenn wir zweitens mehr als bisher auf die Stimme und Stimmung des Volkes achten wollten. Die Zeit hat die Frucht empfangen, sie wird sie gebären! Daß ein Gedeihliches, ein Segen daraus komme, dazu können wir hinwirken, indem wir unter uns etwas mehr Harmonie und etwas mehr Verständigung bringen. — Der Kampf des Geistes muß auf dem Wege der Verständigung zur Ausgleichung geführt werden; er muß es, weil er sonst enden würde in einem großen tragischen Schluß, wobei nicht bloß Einzelne, sondern wobei Tausende, wir Alle vielleicht untergehen könnten. Darum bitte ich Sie, Maß zu halten und Gerechtigkeit zu üben, darum schon, weil das Uebermaß der Gottheit mißfällig ist. (Im Centrum: Sehr gut.) Plathner aus Halberstadt erklärt, dem Vorredner auf den Wegen, die er gegangen, nicht folgen zu können, setzt auseinander warum, schließt: Der Richter hat keine andere Absicht verfolgt, als der Gerechtigkeit Genüge zu leisten. Die Angeklagten aber mögen von dieser Tribüne erklären, wir wollen die Untersuchung, damit sie gereinigt vor dem Volke dastehen. Vogt will sich, zur Bemessung des Urtheils, nicht mit dem mehr juristischen Standpunkte beschäftigen, vielmehr von dem mehr politischen ausgehen, erörtert, was denn eigentlich in unserer Zeit Aufregung bedeute, und was die politische Aufregung sei, von wem dieselbe in Paris, Wien, Berlin zumeist ausgegangen sei. Kommt die Aufregung davon her, daß wir hier in der Paulskirche und vor dem versammelten Volke unsere Grundsätze offen darlegen? oder von denen, welche die Gesetze halten mit

unerbittlicher Faust, welche ihre Ohren verschlossen dem Rufe, der ihnen sagt: es muß ein anderes Gesetz sein über Deutschland und nicht mehr dasjenige, welches bisher geherrscht hat. (Beifall von der Linken.) [Schluß folgt.]

Wien, den 16. Oktober. Gestern Nacht wagte sich ein Wiener Fleischer aus dem Wiedner Viertel mit 6 Mann in das Croatische Lager, um sich ein Paar Gefangene zu holen: es gelang ihm zwar nicht, aber er schlug sich glücklich wieder aus dem Lager heraus.

Prag, den 15. Okt. Eine gestern Nachts angelangte telegraphische Depesche meldet, daß der Kaiser gestern um 4½ Uhr in Olmütz angekommen und mit unendlichem Jubel empfangen worden sei. Man hat ihm die Pferde ausgespannt, und das Volk zog ihn im Triumphe nach dem erzbischöflichen Palaste. Der Kaiser hatte an 3000 Mann Truppen zur Begleitung auf seiner Reise. — Fürst Windisch-Grätz, der zum Generalissimus aller bei Wien concentrirten Truppen ernannt sein soll (von wem?) ist heute früh unter starker Militärbegleitung per Eisenbahn nach Olmütz gereist. Dort wird er zwei Tage verweilen und die Befehle des Kaisers entgegennehmen. Von dort begibt er sich in das Lager bei Wien, um die sämtlichen Truppen zu mustern.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 17. Okt. National-Versammlung. Sitzung vom 16. Oktober. Anfang 12½ Uhr. Präsident: Marrast. Der Saal ist zum Erdrücken voll. Dufaure, der neue Minister des Innern, erhielt das Wort für eine Mittheilung der Regierung. „Ich habe die Ehre“, begann er unter tiefstem Stillschweigen im ganzen Saal, „der Versammlung einen Dekrets-Entwurf zu überreichen, der einen Zuschuß von 100,000 Francs zu den geheimen Polizeigeldern verlangt. Gestatten Sie mir, Ihnen die Begründung dieses Entwurfs vorzulesen (hört, hört!). Der Chef der Exekutivgewalt erklärte Ihnen in dem Augenblicke, wo er Ihnen die Ministerial-Änderung anzeigte, daß er neue Minister ernannt, um ihn in seiner Aufgabe zu unterstützen, und daß Ihnen die politische Ansicht des neuen Cabinets auf dieser Bühne auseinander gesetzt werden sollte. Um dieses Versprechen zu erfüllen, legen wir Ihnen diese Begründung des Creditverlangens vor. Wir sind überzeugt, daß die gegenwärtige Schwäche der Regierung aus der allgemeinen Besorgnis und Beunruhigung herrührt. Man muß daher dem Volke begreiflich machen, daß eine Revolution keineswegs einen fortwährend ruhestörenden Charakter der Gesellschaft bedingt; man muß ihm zeigen, daß sich die republikanische Regierungsform wohl mit der Achtung aller erworbenen Rechte, mit Eigenthum, Familie, Arbeit und Credit verträgt. (Beifall zur Rechten.) Ich trage auf schleunige Erledigung des überreichten Creditdekrets an. Sollten im Laufe der Diskussion nähere Aufschlüsse verlangt werden, so sind wir bereit, sie zu geben. — Landrin: Was nütze ein geschriebenes Programm ohne Thatfachen, ohne Handlungen? Er werde daher erst Handlungen abwarten. Hoffnungsvolle Aussicht könne er wohl für das Cabinet besitzen, aber kein Vertrauen. Die neuen Minister mögen ihre Unabhängigkeit behaupten, er und seine Freunde würden ebenfalls die ihrige zu wahren wissen. (Beifall zur Linken.) Cavaignac: Noch vor Kurzem wollte ich keine Ministerveränderungen vornehmen. Ich betrachte das Volk als meinen Souverän, als meinen Richter, aber ich bin nicht geneigt, es als meinen Meister zu betrachten. Nach zwei der letzten Voten hätte ich mich zurückziehen müssen; doch hielt ich das für zu gefährlich. Ich wollte dem Volke nicht schmeicheln, noch mich von der Versammlung trennen. Ich suchte Ausöhnung und bin überzeugt, daß das Volk sie will. (Ja, Ja. Nein, Nein.) Ich rechne es mir zur Ehre, den ersten Schritt zur Ausöhnung gethan zu haben. Diejenigen, die sie bekämpfen, könnten vielleicht zu meinem Bedauern der Republik schlechtere Dienste erweisen, als sie zu leisten berufen sind!“ Diese Schlußdrohung rief einen Sturm zur Linken hervor. Portalis auf der Bühne: General Cavaignac hat gesagt, daß er früher Männer brauchte, um die Hand an gewisse Freiheiten zu legen; ich hoffe, daß ihm die abgetretenen Minister antworten werden. Ich trete ihnen das Wort ab. — Nach einer Beleuchtung über die Natur der Minister-Änderung und das Durrieu'sche Votum befragt Senard die Bühne. Er hält einen langen Vortrag, aus dem vorzüglich ein Punkt hervortritt, nämlich daß Cavaignac im Schooße des Ministerrathes ganz andere Ansichten über die Wahl des Präsidenten der Republik vertheidigt habe, als in der National-Versammlung. Im Ministerrathe habe er für Ernächtigung durch die National-Versammlung und in öffentlicher Sitzung für die Wahl durch das Volk gestimmt. Daher die Spaltung. Diese Anklage ruft Cavaignac wiederholt auf die Bühne, um sich zu rechtfertigen. Ledru-Rollin nimmt dann das Wort, um in feuriger und zorniger Rede die Politik des Vollziehungs-Chefs anzugreifen. Bedeau, Martin (Straßburg) und Tascher nehmen Theil an der Debatte. Die Rede Senards bildete den eigentlichen Brennpunkt der Debatte; durch sie wurden alle Handlungen und das ganze taktlose und unschlüssige Benehmen Cavaignacs aufgedeckt, und der Schleier von gewissen Cabinetserathungen ziemlich klar gehoben. Ledru-Rollin konnte sich dagegen nur an das Programm halten, was er natürlich nur als gewöhnliche Phrase in Gemeinplätzen erklärte. Tascher au der nicht selten mit bissigen Äußerungen herumwirft, wurde dafür zur Ordnung gerufen. Bedeau unterstützte das Programm, und dürfte als eine mächtige Stütze des Cabinets anzusehen sein. Der General betrachtet sich offenbar schon als Minister des Auswärtigen. Ducoux, der Pariser Exräsident gab der Debatte wieder einige Würze. Er gab einige Aufschlüsse über seine Theilnahme an der Regierungsänderung, die aber von der Majorität sehr übel aufgenommen wurden. Er sagte unter Anderem, daß er sich von der Regierung getrennt habe, weil er gesehen, daß sie sich von der Republik trennte. (Zumut von allen Seiten, namentlich rechts schreit man: Nein! Nein!) Ducoux vertheidigt sich gegen die Anschuldigung auführerischer Grundsätze. Er spricht heftig gegen den Communismus oder vielmehr gegen jene ägyptische Finsterniß, die man im gewöhnlichen Familienleben Communismus nennt. Dufaure nahm nun das Wort, um seine eigentliche Ministerrede zu halten. Er erzählt, wie er ins Ministerium getreten, und lobt seinen Vorgänger Senard. Er fürchte keine gewöhnlichen Angriffe, seine Umgebung für die Republik werde ihn schützen. Ihm zufolge ist die Republik die Herrschaft der Majorität. Mit diesen Worten riß er die Rechte zu unbefreiblichem Beifalle hin. Schließlich versprach er, treu an dem Pro-

gramm, das einige Vorredner mit Unrecht der Hohlheit angeklagt hätten, zu hängen und dasselbe auszuführen. Uebrigens sei das neue Ministerium ja nur für einige Wochen bestimmt, bis zur Ernennung des Präsidenten. Nach dieser Rede schritt die Versammlung zur Abstimmung. Von 820 bis 870 Anwesenden stimmten nur 725, davon stimmten 570 für und 155 gegen das Ministerium. Cavaignac's Herrschaft ist somit befestigt. Die Versammlung ging um 6 Uhr auseinander.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

Neunundsiebenzigste Sitzung, vom 18. Oktober.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr. — Das Protocoll über die vorige Sitzung wird verlesen und ohne Erinnerung angenommen. — Es sind zwei Schreiben des Ministerpräsidenten eingegangen; in dem einen wird der Präsident der Nationalversammlung benachrichtigt, daß das Gesetz über die Bürgerwehr und die zu demselben gehörigen transitorischen Bestimmungen von des Königs Majestät bereits vollzogen und der Abdruck in der Gesetzesammlung veranlaßt worden sei; in dem zweiten Schreiben wird die Versammlung davon in Kenntniß gesetzt, daß die Publikation des Reichsgesetzes zum Schutze der verfassunggebenden Reichsversammlung und der Beamten der provisorischen Centralgewalt bereits angeordnet worden. Das Gesetz selbst wird unter Murren und Gelächter der Linken verlesen. — Es ist ferner Seitens der Abg. Waldeck, Esser, Plath, Schmidt (Landshut), Raffauf, Specht, Jwand und Grebel ein dissentirendes Votum in Betreff der Abstimmung über den Eingang der Verfassungsurkunde eingereicht worden. Die Unterzeichner erklären, daß sie, von der Ansicht ausgehend, die Nationalversammlung habe als unauf lösbare constituirende Versammlung die Verfassung festzustellen, nach Verwerfung des Jung-Mägelchen und des Siebertschen Amendements, für das Mißliche nur deshalb gestimmt hätten, um so wenigstens das noch erreichbare zu sichern. Mehrere Urlaubsgesuche werden stillschweigend bewilligt, darunter auch das Gesuch des Abg. Kraszewski um sechswöchentlichen Nachurlaub.

Berathung des Gesetzesentwurfes über die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben. Dabei übernimmt wegen Verhinderung des Präsidenten Vicepräsident Phillips den Vorsitz.

Der Minister des Innern: Die Regierung ist in der Lage, nach den gestern, namentlich in Bezug auf Schlesien vorgetragenen Thatsachen, eine Erklärung abgeben zu müssen, und ich bitte, dem Regierungs-Kommissar die fernhalb das Wort zu gestatten. — Regierungs-Kommissar, Regierungsrath Schellwig giebt Aufschlüsse über die Schlesien betreffenden Amendements der Abgeordneten Reichmann und Morig. — Ulrich (Soest) für den Entwurf, Dierschke gegen denselben.

Der Minister des Innern: Die Versammlung ist nach meiner Ansicht ein politischer Gerichtshof, die Parteien erscheinen daher vor demselben nicht mit Urkunden und Zeugen, es wird nicht nach den bestehenden Gesetzen entschieden, aber Gerechtigkeit fordert das Land. Was nun den historischen Ursprung der vorliegenden Abgabe betrifft, so ist derselbe in den verschiedenen Provinzen verschieden, man darf das von der einen Seltende auf die andere nicht übertragen. Besonders ist von Schlesien viel gesprochen worden, und dort steht die Sache auch am Bedenklichsten für die Berechtigten, allein wir haben auch aus anderen Provinzen Redner gehört, namentlich auch aus Westphalen einen, der berühmt ist als Vertheidiger der Rechte der Bauern. Die Regierung hat die lästigsten Fälle hervorgehoben, und diese zur Aufhebung empfohlen. Freilich ist es ein Uebelstand, daß das Ablösungsgesetz nicht zugleich mit vorgelegt werden konnte, doch haben Sie bereits gehört, daß dabei der allerbilligste Maßstab zu Grunde gelegt werden soll. Greifen Sie nicht mit kühner Hand weiter in Privatrechte ein, damit man Ihnen nicht nachsage, daß Sie rücksichtslos gegen irgend Jemand eingreifen, auch nicht gegen Die, welche in den früheren Versammlungen so stark vertreten waren, und hier nicht so vertreten sind, wie vielleicht zu wünschen wäre. (Bravo und Zischen.) Ueben Sie gerechte, politische Billigkeit. (Bravo und Zischen.)

Rintelen für den Entwurf (viele Abgeordnete verlassen den Saal). Bucher, gegen den Entwurf, sagt unter Anderem: Die Justiz muß sich endlich auch mit den socialen Wissenschaften befreunden. Der Ausfall in der Staatskasse kann für uns kein Bestimmungsgrund sein. Ein Staat, der im Frieden 25 Millionen für das Heer, 700,000 Thlr. für diplomatische Sendungen ausgiebt, wird keiner neuen Steuer, sondern nur Ersparungen bedürfen, um einen Ausfall von 100,000 Thlr. zu decken. (Bravo.)

Waldeck und Bucher machen thatsächliche Berichtigungen. Wechsel: Die Verjährung ist ein stillschweigendes Vertragsverhältniß, sie kann also nicht unbedingt verworfen werden. Der Rechtsinn des Volkes muß geachtet werden, man muß das ganze gutsherrlich-bäuerliche Verhältniß mit Stumpf und Stiel, aber mit Gerechtigkeit, ausrotten. Vermuthungen sind das Gefährlichste und gegen die Gutsherrn eben so wenig anzuwenden als für dieselben. Gewisse zweifelhafte Verhältnisse müssen in verschiedene Kategorien nach leitenden Grundsätzen gelondert, und das wahrhaft Feudale weggeschrien werden. — Schmidt (Landshut): Ich vermahne mich gegen die vom Minister des Innern gethane Aeußerung, insofern sie ein Mißtrauen gegen diese Versammlung ausspricht. Ich will Gerechtigkeit nach allen Seiten und Jeder wird sie wollen, denn Gerechtigkeit erhöht ein Volk. Allein die Landemiten haben keinen Rechtsboden, das beweist schon der Procentzins, dieser Spekulation muß ebenso entgegengetreten werden, wie der Actienschwindel. Ueben Sie nicht alle Landemiten auf, so balsamiren Sie eine Leiche, die beim Volke immer in üblem Geruche bleiben wird.

Der Minister des Innern: Ich überlasse der Versammlung die Entscheidung, ob in meiner vorigen Erklärung ein Mißtrauen gegen sie ausgesprochen war.

Simons: Im Herzogthum Berg und dem Kreis Elberfeld sind die Erbpachtverträge die gewöhnliche Form für Uebertragung des Eigenthums, dort stehen die Landemiten vertragmäßig fest, eine generelle Bestimmung wäre also dort bedenklich, der Commissionsentwurf aber stimmt mit diesen Verhältnissen überein.

Der Schluß wird unterstützt. — v. Lisiecki dafür, weil die Ansicht eines Jeden bereits feststehen müsse. — Dane dagegen, weil die Verhältnisse Westphalens noch nicht genügend erörtert seien. — Der Schluß wird hierauf angenommen.

v. Berg stellt sodann den Antrag: Die Abstimmung zu vertagen, um den Bericht der Petitionskommission entgegenzunehmen, und verweist zur Begründung auf die Dringlichkeit der Sache. — Sein Antrag wird ohne weitere Diskussion angenommen.

Nachdem Präsident Grabow wieder den Vorsitz übernommen, erstattet der Vorsitzende der Petitionskommission den Bericht: Durch den Abg. Berends ist eine mit 14 Unterschriften versehene, vom 17. datirte Petition der Kanalarbeiter vom Köpnick's Felde, eingebracht worden. In derselben tragen die Unterzeichner den Vorfall folgendermaßen vor: Gestern (am 16. d. Mts.) begaben wir uns um 10 Uhr von der Arbeit, um eine zwei Tage vorher angeschaffte Fahne einzuhängen. Wir begaben uns dabei ans Exerzierhaus in der Schäfergasse, um der dort versammelten Bürgerwehr ein Hoch zu bringen. Der Bürgerwehrrmajor Müller aber kommandirte einen Bayonnettangriff, bei welchem mehrere Arbeiter verwundet wurden. Der Schachtmeister Plate mit noch 3 Andern suchte eine Vermittelung herbeizuführen, wurde aber selbigenommen, und weiß daher über den weiteren Verlauf keine Nachricht zu geben. Die Anträge gehen: 1) auf sofortige gerichtliche Untersuchung, 2) ehrenvolle Bestattung der Todten auf Staatskosten, 3) Herstellung der Verwundeten und Erhaltung der Hinterbliebenen, gleichfalls auf Staatskosten. Zwei Anträge hat der Abgeord. Berends noch mündlich hinzugefügt, nämlich 4) Auszahlung des Lohnes für Montag und Dienstag, 5) Befreiung der am Montag gemachten und noch festgehaltenen Gefangenen. — Die Petitionskommission hat hieraus noch keine Uebersicht der wahren Sachlage gewonnen. Die Untersuchung aber ist bereits eingeleitet und strenge Verfolgung versprochen, dem ersten Punkte der Petition ist also bereits Genüge geschehen, da aber faktische Angaben in derselben enthalten sind, so scheint es angemessen, sie zur schleunigen Mittheilung an die Untersuchungsbehörde abzugeben. Was die übrigen Anträge betrifft, so hat die Majorität von 10 Stimmen gegen 9 für deren Annahme sich nicht entschieden, um der Untersuchung nicht vorzugreifen, um nicht gegen die sich auszusprechen, welche jedenfalls die Ordnung aufrecht erhalten zu müssen glaubten, und weil auch die tieferen Ursachen der Vorfälle nicht klar sind. Dagegen ist allerdings nicht zu verkennen, daß auch Unschuldige betroffen worden sind, deren Hinterbliebene unterstützt werden müssen, weshalb die unter 2—4 enthaltenen Anträge an den Minister des Innern zur Erwägung abzugeben sein werden. — Die Minorität beantragt bei 2) gleichzeitige Bestattung der Gefallenen von der Bürgerwehr und den Arbeitern auf Staatskosten; bei 3) auch jedenfalls Vorschuss der Verpflegungsgelder und des Unterhalts aus Staatskosten; bei 4) die Zahlung des Lohnes von dem Ausfalle der Untersuchung abhängig zu machen. Als Motiv wurde dabei die Nothwendigkeit einer Verköhnung angegeben, doch nicht anerkannt, daß der ausgebrochene Zwiespalt tiefere Ursachen habe. Wenn es nun gleich der hohe Beruf dieser Versammlung ist, alle Klassen zu vereinigen, so muß dies doch auf anderem Wege, durch Schöpfung großartiger Institutionen erreicht werden, nicht aber wird die Versammlung überall selbstthätig einzuschreiten haben, auch abgesehen davon, daß sie noch nicht im Stande ist, ein Urtheil abzugeben. Was den letzten Punkt anbelangt, so ist in der Petition nicht einmal behauptet, daß die im Gesetze vom 24. August enthaltenen Bestimmungen über die Gewährleistung der persönlichen Freiheit verletzt seien, es wird daher vorgeschlagen, über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen. — Die Minorität (die Abg. Essner, Hildenhagen, Schell, v. Lisiecki, Plath, Raul, Schöne, Matthäi, Töbe) hat ein abweichendes Votum abgegeben, weil ihr die Anträge der Petitions-Commission bei den Punkten 2—4 zu allgemein und unbestimmt sind. Sie wünscht die gleichzeitige Verdrigung aller Gebliebenen auf Staatskosten; eben so die Verpflegung und Verfürsorgung der Verwundeten und Hinterbliebenen auf Staatskosten, das Fernere soll von dem Ergebnisse der Untersuchung abhängig gemacht werden. Auf Verlangen der Versammlung werden noch ein Schreiben des Abgeordneten Berends und ein Protocoll des Sicherheitsausschusses, beide datirt vom 17. d. M., mitgetheilt.

Waldeck gegen den Bericht: Vor allem müssen wir uns freuen, daß das in Rede stehende traurige Ereigniß keine weiteren Folgen gehabt hat. Ich war selbst am Montage an der Barrikade auf der Rosstraße, um eine friedliche Lösung des Conflikts zu versuchen, und dort hörte ich den Vorfall so erzählen, wie er in dem Berendschen Schreiben vorgetragen ist. Die Schuld war gewiß auf beiden Seiten, der Eifer der Bürgerwehr war lobenswerth, aber die Aufregung über die traurigen Folgen war allgemein. Hierbei kommt es auch nicht auf ein juristisch begründetes Urtheil, sondern nur darauf an, was wir als Politiker zu thun haben. Das nochmalige Schießen der Bürgerwehr in den Straßen hatte namentlich großen Eindruck gemacht, und die daher entstandene Aufregung führte zu der unbedeutenden Barrikade, die ich dort sah. Aber auch da waren fast alle geneigt zur Vereinigung, nur Wenige nährten den Geist der Rache. Doch war es unmöglich, baldige Wegräumung der Barrikade zu bewirken, wie die Bürgerwehr es forderte, und so fanden später wieder neue Angriffe statt. Das aber stellte jener Tag fest, daß hier keine Scheidung zwischen Bürger und Volk besteht, wie sie in den blutigen Junitagen in Paris sich zeigte. Tragen Sie das Ihrige bei, diesen kräftigen Geist aufrecht zu erhalten. Von allen Seiten bedroht uns die Reaktion. (Lärm rechts.) 50,000 Mann stehen um Berlin, deren Herbeiziehen schreckliche Ereignisse hätte herbeiführen können. Das Materielle der Anträge erfordert eine geringe Ausgabe, die doch von großer Wirkung sein würde. Unstre Kompetenz dazu ist unzweifelhaft. Nichten wir unsere Augen nach Wien. Siegt dort das Volk, dann wird die Regierung einsehen, daß keine Reaktion möglich ist. Halten wir unsern großen Beruf fest im Auge! (Bravo und Zischen.)

Elkemann stellt den Antrag: Ueberweisung der Petition an das Justiz-Ministerium zur Mittheilung an die Untersuchungs-Kommission. Der Antrag ist von vielen Abgeordneten der Centra, von Schulze (Delitzsch), v. Unruh, v. Kirchmann, Gierke, Dunker, Feierabend, Parisius unterzeichnet. — Schulze (Delitzsch): Man hebt als Grund für das Minoritäts-Urtheil hervor, daß nach solchen Conflikten Verköhnung nöthig, und diese am Schönsten und Würdigsten bei Gelegenheit einer feierlichen Bestattung zu erreichen sei. Dies erkenne ich auch als ganz richtig an. Aber diese Verköhnung muß eine freie Blüthe sein, die aus dem innersten Herzen hervorkommt; keine Versammlung kann sie decretiren. Es ist auch nicht angemessen, Verdrigung auf Staatskosten zu beschließen, als böten wir Geld für den hergestellten Frieden. Ich überlasse diese Maßregel vertrauensvoll dem Berliner Volke selbst. Dies Volk, und ich verstehe darunter Bürger und Arbeiter, hat schon nach einem viel blutigeren Kampfe, nach dem 18. und 19. März gezeigt, wie sehr

sein Herz versöhnlich ist. Dort versöhnte es sich mit einer Macht, die es lange Zeit gedrückt hatte, hier handelt es sich nur um einen zufälligen Konflikt. — Man hat gesagt, es sei eigentlich kein Zwiespalt zwischen Bürgern, und ich glaube, wir sind noch nicht am Rande dieses Abgrundes, am Vorabende eines solchen Vernichtungskampfes, wie in Frankreich. Vertrauen wir dem Volke und überlassen wir es seinem Takte, der es bisher oft unter viel schwierigeren Umständen bewundernswürdig geleitet hat. Es wird auch diesmal das Rechte finden. Wenn es an Geld fehlt, so wird durch die Commune oder durch freiwillige Sammlungen freigeigig gesorgt werden. (Bravo vom linken Centrum.) Pelzer spricht für den Schluß der Debatte. Uhlisch weist noch hin auf die Aufnahme des Ereignisses in den Provinzen. Die Zerstörung einer Maschine und das aufregende Tragen der Leichen durch die Stadt sei jedenfalls verwerflich, und selbst von vielen Arbeitern mit Unwillen aufgenommen worden. Man könne in den Provinzen wühlerische Umtriebe vermuthen und den Beschluß der Versammlung nur auf Rechnung der Furcht setzen. Er hoffe eine Versöhnung

dadurch, daß die Bürgerwehr selbst den Arbeitern die Hand zu gemeinschaftlicher Bestattung biete. Zuletzt empfiehlt der Redner ein Zusatz-Amendement zu dem Elkmannschen Antrage: In Erwägung, daß ein Akt der Versöhnung, so wünschenswerth er ist, doch nur von den Betheiligten selbst herbeigeführt werden kann. Elsner bemerkt noch, daß das Minoritätsgutachten keineswegs eine Versöhnung dekretire, sondern nur, wenn die Parteien einverstanden seien, das Ministerium auffordere, das Nöthige zu veranlassen. Nachdem hierauf noch der Berichterstatter Riel die Debatte resumirt, wird der Antrag Elkmannns durch Aufstehen der Rechten und der Centra angenommen, das Uhlische Amendement aber verworfen. Der Antrag liegt nicht gedruckt vor, doch beschließt die Versammlung nach einigen Einwendungen ihn keiner zweiten weiteren Abstimmung zu unterwerfen. Nächste Sitzung morgen früh 9 Uhr. Die Berathung über Titel I des Verfassungsentwurfes wird fortgesetzt.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

In unserem Verlage sind erschienen:

Haushaltungs-Kalender für das Großherzogthum Posen und die angrenzenden Provinzen auf das Jahr 1849.

mit zwei Abbildungen: Papst Pius IX. und eine
Reise-Karte des Großherzogthums Posen.

Comtoir-Kalender auf das Jahr 1849.
Posen, den 8. Oktober 1848.

W. Decker & Comp.

Mein vollständig assortirtes Lager in kurzen Waa-
ren, Strickwolle und Baumwolle, feinen Stickereien,
Französischen Handschuhen, Dresdener Dampf-Cho-
koladen und Chocoladen-Figuren, ächtes Eau de
Cologne, Französische Parfümerien, besonders
gute Seifen etc., empfehle ich zu den billigsten Preisen.

Ch. Baumann,
Markt Nr. 94. eine Treppe hoch.

Ein neues Leipziger Flügelpiano (Polhran-
derholz) modernster Bauart, aus der berühm-
ten Irmlerschen Fabrik, steht billig zu ver-
kaufen Friedrichstraße 36. 2 Treppen.

Laden-Veränderung.

Einem geehrten Publikum erlaube ich
mir die Anzeige zu machen, daß ich mein
Geschäft, welches sich bereits seit 3 Jahren
in der Büttelstraße No. 23. befand, von
heute ab nach meinem Hause No. 19. in der
selben Reihe, wieder zurückverlegt habe.

Zugleich verbinde ich hiermit die Anzeige,
daß ich mich in letzter Leipziger Messe mit
den bis jetzt geführten Artikeln aufs Beste
versehen habe und verspreche die billigsten
aber festen Preise. J. S. Bland.

Kugel-Akazien und andere Parthölzer und Zier-
sträucher sind in großer Auswahl zu haben bei
H. Barthold, Königsstr. Nr. 6. u. 7.

Mit dem heutigen Tage hat der Herr Ludwig

Johann Meyer in Posen

eine Niederlage meiner rühmlichst bekannten Fa-
brikate übernommen, und empfehle ich dieselben dem
dortigen Publikum zur geneigten Abnahme, und
zwar in der jetzigen Zeit:
Präservativ-Mittel gegen die

Cholera,

bestehend aus den stärksten aromatischen Pfeffermünz-
Kuchen, welche durch ihre, den ganzen Körper er-
wärmende Eigenschaft in ganz Europa mit dem
rühmlichsten Erfolge verwendet worden sind.

Brust-Caramellen,

dieselben sind aus den feinsten, kräftigsten Wurzeln
und Pflanzen mit gereinigtem Zucker verbunden.

Mehrere hochgestellte Professoren und Aerzte ha-
ben diese Medikamente als ein sehr bewährtes Mit-
tel bei Hals- und Brustübeln als vorzüglich aner-
kannt und aufs Wirksamste empfohlen.

Dieselben sind nur ächt zu haben in der **Bon-
bon-Fabrik** von Franz Schulz aus Berlin,
Judenstraße 10.,
und in Posen bei Ludwig Johann Meyer,
Neuestraße neben der Griech. Kirche.

Attest.

Daß die von Herrn Franz Schulz hieselbst
fabricirten Brust-Caramellen nach ihren mir mit-
getheilten Bestandtheilen bei catarrhalischen
Brustleiden, Heiserkeit und großer Reiz-
barkeit der Schleimhäute, eine heilsame Wir-
kung bewirken, wird meiner Ueberzeugung gemäß
hierdurch bescheinigt.

Berlin, den 26. Mai 1847.

Der Königl. Sanitäts-Rath

Dr. Angelstein,

Arzt des klinischen Instituts für Chirurgie und
Augenheilkunde.

Berlin, den 15. Oktober 1848.

Franz Schulz.

Judenstraße No. 10.

Bezugnehmend auf obige Annonce des Herrn
Franz Schulz in Berlin empfehle ich diese na-
mentlich in jetziger Zeit heilsamen Fabrikate
dem hiesigen Publikum, mit dem Bemerkten, daß
dieselben stets bei mir vorrätig sind.

Posen, den 19. Oktober 1848.

Ludwig Johann Meyer.

Neue Straße, neben der griechischen Kirche.

Folgende Westpreussische Pfandbriefe

No.	Stand des Extrahenten.	Bezeichnung			Bemerkungen.
		des Pfandbriefs.	des Departements.	des Werths.	
1	Das evangelische Schloß- kirchen-Presbyterium u. französische Kirchenkon- sistorium zu Kottbus	Lobsens No. 25. Smogulsdorf No. 50. Gr. Turze No. 14. Kodzuskowo No. 19.	Schneidemühl dto. Danzig Bromberg	1000 100 100 100	Diese sämmtlich außer Kurs gesetzten Pfandbriefe ohne Kupons sind in der Nacht vom 25/26. August 1848 aus der Schloßkirche zu Kottbus gewaltsam ent- wendet.
2	Superintendent von Win- ter zu Schwes	Grabionne No. 13. nebst laufenden Kupons seit Weihnachten 1845.	Schneidemühl	500	In der Nacht vom 30/ 31. August 1848 aus der Pfarrwohnung zu Schwes gewaltsam entwendet.

sollen auf den Antrag der oben bezeichneten Extrahenten, als Eigenthümer dieser Pfandbriefe, amortisirt
werden, was hierdurch öffentlich bekannt gemacht wird.
Königl. Westpr. General-Landschafts-Direktion.

Freiherr von Rosenberg.

Beachtenswerth!

Ein auswärtiges Geschäftshaus wünscht zur Be-
sorgung seiner Geschäfte Agenten zu engagiren, die
solide und ausgedehnte Bekanntschaften haben, da-
gegen auch einen lohnenden Nutzen erhal-
ten würden.

Frankirte schriftliche Anerbietungen wolle
man an die Expedition d. Bl. gelangen lassen mit
der Aufschrift

„N. C. zur Weiterbeförderung.“



Auf die an mich ergangenen An-
fragen beehre ich mich ergebenst
anzuzeigen, daß, da mein Schreibunterricht sich auch
hier durch täglich zahlreicheren Zuspruch der Anerken-
nung erfreut, ich mich entschlossen habe, noch Theil-
nehmer anzunehmen, und können an den verschiede-
nen Unterrichtsstunden für Damen, Herren und
Kinder, noch Einige Theil nehmen.

Ich übergehe alle weitere Anpreisungen der Vor-
theile und Reellität meines Unterrichts betreffend,
bemerke aber, daß man in **20 Lehrstunden**
schreiben lernen, und die unleserlichsten, schlechtesten
und namentlich zitterndsten, durch krampfhaftes Fe-
derhaltung verunstalteten Handschriften auf Lebens-
dauer in schöne, deutliche und hauptsächlich sehr
geläufige verwandeln kann, und dieser Unterricht sich
auch auf die ausdehnt, welche des Schreibens
ganz unfähig sind. Für diejenigen, welche
meinen Unterricht noch nicht kennen, liegen über die
Erfolge desselben Atteste höchster und hoher Behör-
den, wie die veränderten Handschriften meiner in
großer Anzahl ausgebildeten Eleven, jeden Alters
und Standes des In- und Auslandes zur gefälligen
Ansicht bereit. Für das minder begüterte Publikum
ist mein Honorar, wie überall, auch hier, ermäßigt.

E. Jaffé, née Argé,

Königl. Preuss. geprüfte Lehrerin einer ihr eigenthüm-
lichen Schreibmethode, und Lehrerin der Stenographie.
Logirt Lauf's Hotel de Rome, Zimmer No. 34.

Berliner Börse.

Den 19. October 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	73½	73½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	88½
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	80½
Grossh. Posener	4	95½	—
Ostpreussische	3½	—	77½
Pommersche	3½	—	86½
Kur- u. Neumärk.	3½	—	89½
Schlesische	3½	—	88
v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	84
Friedrichsd'or	—	13½	13½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	12½
Disconto	—	3½	4½

Eisenbahn-Actien,

voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	83½
Prioritäts-	4	84	—
Berlin-Hamburger	4	63	—
Prioritäts-	4½	89	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	54	63½
Prior. A. B.	4	—	77½
„	5	86½	—
Berlin-Stettiner	4	87	86½
Cöln-Mindener	3½	74	73½
Prioritäts-	4½	—	88½
Magdeburg-Halberstädter	4	—	102½
Niederschles.-Märkische	3½	—	68½
Prioritäts-	4	—	82
„	5	—	93½
„	5	—	88½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	88½
„ B.	3½	—	—
„ Stamm-Prioritäts-	4	68	—
Prioritäts-	4	—	—
„ v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	51	—
Stargard-Posener	4	—	66½

Hier Beilage und Extrablatt.

Inland.

**** Wronke, am 19. Oktober.** Der gestrige Tag, als ein Ehrentag Preußens, ist hier auf eine empörende Weise beschimpft worden. In der Nacht nach 12 Uhr wurden die hier auf dem Markte aufgezogenen beiden Fahnen, die Deutsche und die Preussische, herunter gerissen. Der vor dem Wachtlokal stehende Posten bemerkte den Fall der Fahnen, und das Entweichen mehrerer Männer. Einige Soldaten von der Wache verfolgten die Fliehenden, ein Soldat erhielt, als er einen Flüchtling griff, einen Stich mit einem Messer, der jedoch nicht durch den Mantel drang. Die Flüchtlinge zerstreuten sich in verschiedene Straßen und nur einem wurde nachgesetzt bis in ein Haus, woselbst er erfaßt wurde. Die Preussische Fahne wurde heute früh in dem Garten des Gastwirths Nowacki, zerrissen und beschmutzt, vorgefunden. In demselben Hause fand sich ein gewisser Rymarkiewicz vor, welcher vor drei Jahren hier als Kaufmann lebte, Bankerott machte, sich bei Nacht und Nebel entfernte, und nicht früher zurückkam bis Ende März d. J.; hier angekommen, seine Polnischen Mitbürger zusammennahm, zu dem Bürgermeister in die Wohnung drang und Anstalten zu Excessen machte. Die eben gebildete Bürgerwehr verhinderte jedes Auftreten dieser neuen Brüder, und da der Rymarkiewicz seine Verhaftung vor Augen sah, nahm er wieder Reißaus, und hat sich bis gestern Abend hier nicht gezeigt. Da der gute Mann höchst wahrscheinlich bei der Fahnenentweihung theilhaftig ist, so wurde, von dem Vorfalle der Behörde Anzeige gemacht, und demselben bis auf weitere Ordre ein Grenzposten gegeben.

Fünf Polnische Bürger, Kromczynski, Kaiser, Nowacki, Słodowicz und der Landwehr-Untersoffizier und Kammerer Solawiecki erließen an den kommandirenden Offizier der hiesigen Garnison ein Schreiben mit der Ueberschrift „Gefahr im Verzuge“ und forderten die Freilassung des Rymarkiewicz unter Andeutung von Drohungen.

Der Landwehr-Untersoffizier und Kammerer Solawiecki sprach die Ansicht aus, daß kein Unrecht vorläge, indem er zu dem Offizier äußerte: „es sei ja ganz gleich, ob dieser Lappen dahängt, oder nicht.“

□ **Berlin den 20. Oktober.** Nur kurze Zeit beschäftigte sich die hiesige Nationalversammlung heute mit dem Posener Belagerungszustand. Gleich zu Anfang berichtete der Minister des Innern, daß der nach Posen geschickte Commissar in der vorgestrigen Nacht zurückgekehrt sei und das Staatsministerium über die Angelegenheit gestern Beschluß gefaßt habe; dasselbe befände sich nicht in der Lage, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes gut zu heißen; die betreffenden Aktenstücke seien dem Präsidenten der Kammer eingehändigt worden. Die Versammlung erhob darauf die folgenden zwei Anträge zu Beschlüssen: 1) daß die ministeriellen Vorlagen nicht einer besonders zu bildenden, sondern der bereits von der Kammer zur Untersuchung der Posener Angelegenheit ernannten Commission zur Prüfung und schleunigen Berichterstattung überwiesen werden sollen, und 2) daß es dem Ermessen dieser Commission anheim gestellt werde, welche von den Aktenstücken zu drucken seien. — Die Debatte gewährte wenig interessante Momente, es sei denn, daß man ein solches in der belustigenden Behauptung des Herrn v. Lisiecki finden will: „Posen sei einzig deshalb in jene exceptionelle Lage versetzt worden, damit betrunkene Soldaten auf den Straßen unbewaffnete Polen bewaffnet anfallen und damit dem Herrn von Willisen eine Ragenmusik gebracht werden könnte.“

Das Leichenbegängniß des an der Warrade in der Rossstraße für die Ordnung gefallenen Bürgerwehr-Hauptmanns Schneider hat heute Vormittag unter sehr zahlreicher Theilnahme der hiesigen Einwohnerschaft, der Civil- und Militärbehörden stattgefunden. Um zwei Uhr Nachmittags sollen die gedörrten Arbeiter bestatet werden. Die Demokraten wenden alles hierbei auf, sich die Zuneigung des Proletariats zu gewinnen; sie haben die Särge mit Blumen, Girlanden und Fahnen geschmückt auf der Rampe des Opernhauses aufstellen lassen und laden durch Placate zur Feierlichkeit ein.

* **Breslau, den 19. Okt.** (Bericht des Corresp. Büreaus.) In der Bürgerwehr herrscht ein reges politisches Leben. Es haben sich bereits gegen 11 Bürgerwehr-Clubs gebildet, in denen das demokratische Element überwiegend vorherrscht. Zweck derselben ist einerseits, die innige Verbrüderung unter den Wehrmännern, andererseits die Berathung und Beschlußnahme über Wehrangelegenheiten, so wie endlich die sociale und politische Fortbildung der Mitglieder. Aus Deputirten der bestehenden Bürgerwehr-Clubs hat sich eine Central-Commission gebildet, welche vorgestern ihr Statut entworfen hat. Sie bezweckt, die Einheit sämmtlicher Clubs zu vermitteln und zu befördern, denselben Vorlagen zu machen, Anträge und Beschlüsse der Clubs auszuführen, und das Gesamt-Interesse des Volks, vorzugsweise der Bürgerwehr, wahrzunehmen. In Betreff der Zahl der Deputirten ist bestimmt, daß die Clubs-Mitglieder einer jeden Compagnie für sich einen Deputirten wählen. Antrags-Beschlüsse eines jeden Bürgerwehr-Clubs müssen zur Kenntniß der Centralcommission gelangen. Letztere ist vorbehaltlich einer einmaligen Zurückweisung verpflichtet, Beschlüsse der Clubs auszuführen. — Gestern Vormittag ist der praktische Arzt Dr. Vorhard auf richterlichen Befehl in Haft genommen worden. Eine in einer Volks-Versammlung hieselbst von dem Genannten gehaltene Rede hat den Grund zu einer Kriminaluntersuchung wegen Hochverraths, so wie zur Verhaftung des Beschuldigten gegeben. Auch Dr. Asch hat aus demselben Grunde gerichtliche Verhöre zu bestehen. Gegen diesen ist jedoch bis jetzt noch kein Haftbefehl erlassen worden. — Seit gestern sind sämmtliche politische Placate von den Straßenecken verschwunden, auch die kleinen fliegenden Buchhändler sieht man nicht mehr. An den betreffenden Gehäusen stehen Constabler. Die in ihrem Verfaule gestörten kleinen Buchhändler haben gestern eine Deputation an den demokratischen Club mit der Bitte gesandt, sich, wenn es thunlich, ihrer anzunehmen. — Von den, den demokratischen Club besuchenden Frauen ist demselben neuerdings mittelst Rede eine schöne Fahne, die Aufschrift: Freiheit und Recht“ tragend, überreicht worden. — Man will von einzelnen Fällen der asiatischen Cholera wissen, welche seit gestern im Hospital Allerheiligen vorgekommen sind. Derlei Gerüchte waren hier schon öfter verbreitet, bis jetzt ist offiziell noch keine Bestätigung bekannt gemacht. — Nächsten Sonntag, den 22. d. M. tritt der demokratische Provinzial-Congress hier zusammen.

Liegnitz, den 18. Okt. Die hiesigen Landwehrmänner hatten schon früher den Beschluß gefaßt, sich nicht einkleiden zu lassen. Ihr Vorsatz ist heute Wahrheit geworden. Um 9 Uhr Vormittags hatten sich die Mannschaften, höherem Befehl zufolge, auf dem Haage versammelt, um dort das Weitere zu vernehmen. Eine ernannte, aus sechs Personen bestehende Deputation fragte, im Namen der Gesamtheit, den Landwehrmajor v. Thadden, aus welchem Grunde die Einkleidung geschehe und zu welchen Zwecken man eigentlich die Landwehr zu verwenden gedenke. Der Major entgegnete, daß er an dieser Stelle diese Fragen nicht beantworten könne, die Deputation möge ihm daher nach dem Gasthofe zum Prinzen von Preußen an der Breslauer Vorstadt folgen, wo er ihr diejenigen Mittheilungen machen werde, welche er ihr zu machen im Stande sei. Dort angekommen, erklärte er, daß er den eigentlichen Zweck der Landwehr-Einkleidung selbst nicht kenne, sondern daß dieser Schritt auf höhern Befehl geschehe. Ob die Landwehr in Liegnitz bleiben werde, könne er leider auch nicht mit Bestimmtheit versichern, da er die Bestimmungen des Ober-Commando's nicht im Voraus wisse. Uebrigens möchten sich sämmtliche Mannschaften doch von dem Haage hierher versetzen, damit er mit ihnen, da sich der Haag mit müßigen Zuschauern gefüllt habe, allein verhandeln könne. Diesem Wunsche wurde jedoch nicht Genüge geleistet. Die Landwehrmänner erklärten, auf dem Haage zu bleiben und dort ihre Angelegenheiten zu verhandeln. Der Major und der Lieutenant gingen demnach wieder zu den Mannschaften und suchten dieselben durch gütliches Zureden dahin zu bringen, dem Befehle der Behörden Folge zu leisten. Alles Zureden blieb aber ohne Erfolg. Die Gesamtheit erklärte mit aller Festigkeit, sich nur dann einkleiden zu lassen, wenn das Vaterland wirklich in Gefahr sein würde. So lautete auch die Landwehrordnung. Der Major erklärte über diese Weigerung sein tiefes Bedauern und sprach sich dahin aus, daß er Zwangsmaßregeln nicht anwenden wolle und könne, sondern den wahren Thatbestand nur zu Protokoll nehmen werde. Ein Jeglicher möge aber auf das Sorgfältigste die Folgen berechnen. Dies brachte indeß ebenfalls keine Wirkung hervor. Die Mannschaften beharrten auf ihrem Vorsatze und gingen, nachdem das Protokoll im Prinzen von Preußen abgefaßt worden war, auseinander. Dies ereignete sich mit der Liegnitzer und Jauerischen Compagnie. Morgen sollen die Haynauer und Goldberger Landwehrmänner einkleidet werden. Eines unangenehmen Zwischenfalls muß ich noch erwähnen. Während der obigen Verhandlung auf dem Haage exercirten die Soldaten unserer Garnison in der Nähe hinter dem Schießhause. Als dieselben entlassen wurden, traten Mehrere unter das sich versammelte Volk und unterhielten sich mit Bekannten. Der Hauptmann v. Schwerin verwies ihnen das und sprach den Befehl aus, daß sie nach Hause gehen möchten. Dies wurde von Seiten des Volkes übel aufgenommen, und von Schwerin durch verschiedene harte Redensarten insultirt und zuletzt gedroht, um in Aussicht stehenden Thätlichkeiten zu entgehen, sich nach dem Gasthofe zum Prinzen von Preußen gewissermaßen zu flüchten. Aber auch hier wurde er nicht gelitten, sondern mußte das Local wieder verlassen, und eine Menge, worunter eine bedeutende Anzahl Gamins sich befanden, begleitete ihn mit einer Ragenmusik nach der Stadt.

Frankfurt, 17. Okt. Die D.-P.-A.-Ztg. bringt nachstehenden, in etwas mysteriösem Ton gehaltenen offenen Brief an die Nachhaber in Wien: Es ist ein sehr unangenehmes Gefühl, in der Entfernung von den Seinigen ohne Nachricht von denselben leben zu müssen, besonders aber, wenn man weiß, daß in deren Aufenthaltsort bei aller Freiheit weder Ruhe noch Ordnung herrscht. In dieser peinigen Lage befindet sich so mancher Ihrer Landsleute, welchen die für sie seit dem 6ten d. M. auf der Post in Wien aufgegebenen Briefe entweder gar nicht oder verspätet zukommen. Dieselben erlauben sich daher an die Nachhaber in Wien die eben so angelegentlichste als gewiß bescheidene Bitte, wenn sie schon von der in der absolutistischen Zeit vorgekommenen Gewohnheit der Verletzung des Briefgeheimnisses gleich wieder Gebrauch machen, doch die kleine Rücksicht beobachten zu wollen, daß die Briefe deshalb doch nicht mehrere Tage in Wien aufgehalten werden. Es versteht sich, daß wir diese Bitte nur für die kurze Zeit an Sie richten, bis Sie die Allgewalt in Wien in andere Hände übergeben, welche für gesetzmäßige Ordnung und wahre Freiheit sorgen werden.

Maunheim, den 16. Okt. Das hiesige Journal berichtet: Ein Theil der seither in unserer Umgegend stationirt gewesenen Preuß. Truppen hat so eben 10 Uhr Vormittags, unsere Stadt passiert und wird nach Alzey verlegt werden, woselbst in Folge revolutionärer Umtriebe die Steuern verweigert und die Beamten verjagt worden sind. Die dahin beordnete Executionsmannschaft bestand aus einer halben Batterie Geschütz, einem Bataillon des 28. Infanterieregiments und 2 Schwadronen Husaren.

Sigmaringen. Das Verordnungsblatt enthält eine Proclamation des wieder zurückgekehrten Fürsten, datirt Schloß Inzigkofen den 14. Oktober. Es heißt in derselben: „Ich halte es für meine Pflicht, vor Allem ein offenes und freies Wort mit dem Volke zu reden. Der kräftigen Einschreitung unserer Centralgewalt verdanken wir zunächst die Wiederherstellung des gesetzlichen Lebens und die freudig begrüßte Wiederkehr der Ordnung und des Vertrauens. Meiner Regierung aber werde Ich nicht nur zur Pflicht machen, diese kostbaren Güter des Volkswohls fest und unerschütterlich zu hüten und zu pflegen, sondern Ich werde auch sorgsam wachen, daß wir fortan nur unter der schützenden und zugleich unumschränkten Herrschaft der Gesetze das Ziel unserer weiteren politischen Entwicklung erstreben werden. Mit der Liebe und dem Zutrauen wünsche Ich zu regieren und ohne alle Anwendung rechtmäßiger Gewalt. — Ferner eine Ansprache des zur obersten Leitung der Verwaltung des Fürstenthums berufenen Konferenzdirectors von Sallwürk. — Weiter eine Ver-

ordnung der geheimen Konferenz, wonach der am 26. v. M. von einer Volks-Versammlung erwählte Sicherheitsausschuss nach dem von dessen Vorstand selbst erklärten Zweck, einer von der Staatsregierung oder der Deutschen Centralgewalt etwa angeordneten Truppenverlegung in das Fürstenthum mit allen, nöthigenfalls den äußersten Mitteln zu widerstehen, aufgelöst, und jede Theilnahme an demselben nach den bestehenden Gesetzen zu bestrafen ist. Endlich die Bekanntmachung, daß bei der am 23. September stattgehabten Wahl von den 5712 abgegebenen Stimmen Hofgerichts-Advokat Wirth in Sigmaringen die größte Stimmenzahl mit 5054 erhielt, und demnach als Abgeordneter zur Deutschen Reichs-Versammlung erwählt ist.

Wien, den 18. Okt. Während die gestern uns zugekommenen Mittheilungen aus Wien einen nahe bevorstehenden Kampf erwarten ließen, geht aus den heute Nachmittag hier angelangten Nachrichten hervor, daß in der Lage der Dinge, wie sie uns seit einigen Tagen bekannt war, keine wesentliche Veränderung eingetreten ist. Die ungarische Armee, welche schon am 17. in der Nähe von Wien lagern sollte, indeß am 18. Abends noch nicht eingetroffen war, wird schufällig von der Nationalgarde, der Legion und den bewaffneten Arbeitern erwartet, um im Verein mit ihr die um Wien versammelten Armeen anzugreifen zu können. Von Seiten des Reichstages ist eine Adresse an den Kaiser und eine Proklamation an die Völker der Gesamtmonarchie erlassen worden, worin alle Schritte des Reichstags zur Rechtfertigung desselben dargestellt werden sollen.

Die Studenten sind jetzt ganz besonders thätig. Sie ermuntern die Garden zur Ausdauer, rufen das Landvolk in die Stadt und organisiren ganz heimlich den Landsturm. Wie erbittert man übrigens hier gegen Jellachich ist, läßt sich daraus ersehen, daß alle Plakate, die an ihn gerichtet sind, die Titel: „Räuberhauptmann,“ „Dieb“ u. s. w., mit Bleistift geschrieben, an ihrer Spitze tragen.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

Achtzigste Sitzung, vom 19. Oktober.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr. — Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen, und ohne Erinnerung angenommen. Mehrere Urlaubsgesuche werden mitgetheilt, und stillschweigend genehmigt, darunter auch die auf vier Wochen gehenden der Abgg. Winterfeld und Wenzig; für welche die Stellvertreter einberufen werden.

v. Mausebach beschwert sich in einer persönlichen Bemerkung über Excesse, welche Tages vorher vor der Thür des Hauses gegen Abgeordnete stattgehabt. Rehsfeldt, Pelzer, Lühau, Scholz (Weseritz) machen ähnliche persönliche Bemerkungen. Uhlisch meint, man müsse bedenken, daß weder sie, noch das Volk schon an die neuen Zustände gewöhnt seien. Lemme erklärt, es bedauern zu müssen, daß die allerdings nicht gut zu heißenden Excesse in so aufregender Weise vorgetragen worden seien. Waldeck und seine Freunde, unter denen auch er, obgleich täglich von Mord- und Drohbrieffen heimgesucht, hätten keine Furcht. Wenn eine Furcht begründet wäre, so wäre es wohl eher die vor dem General Wrangel, der mit 50,000 Mann Berlin cernire, während sie hier berieten, nicht aber die vor dem Volke.

Der Präsident bemerkt hierauf, diese persönliche Bemerkungen könnten zu keinem Ziele führen, es wäre vielmehr ein bestimmter Antrag einzubringen, der hierauf für morgen angekündigt wird.

Man geht sodann zur Tagesordnung über; nämlich zur Fortsetzung der Berathung des Berichts der Central-Abtheilung über den ersten Titel des Entwurfs der Verfassungs-Urkunde.

Berichterstatter Lüdke verliest den Bericht; „Titel I. Vom Staatsgebiete Art. 1. Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das Preussische Staatsgebiet.“ — Die Ueberschrift des Titels ist von allen Abtheilungen angenommen. Zu dem Art. 1. ist allein von der vierten Abtheilung der Antrag auf folgenden Zusatz: „vorbehaltlich der den Einwohnern des Großherzogthums Posen garantirten Rechte einer besondern Nationalität“ gestellt, in der Central-Abtheilung derselbe aber nicht weiter unterstützt worden. Von einer Seite wird eingewendet, daß ein solcher Vorbehalt überhaupt materiell nicht begründet sei. Die Majorität erkennt dagegen wohl an, daß den Einwohnern des Großherzogthums Posen polnischer Abkunft die wiederholt verheißene Reorganisation Seitens des Staates gewährt werden, daß aber jedenfalls an dieser Stelle, wo es sich lediglich vom Staatsgebiete handle, eine solche Erwähnung ungehörig erscheine, zumal auch jene Bewohner des Großherzogthums Posen den Wunsch an der dem ganzen Preussischen Staate zu gebenden Verfassung Theil zu nehmen, durch die Wahl und Entsendung der Abgeordneten zur gegenwärtigen Versammlung in Gemäßheit des Wahlgesetzes vom 8. April d. J. unzweideutig an den Tag gelegt hätten. Man war deshalb der Meinung, daß der gewünschte Zusatz des Artikel 1. nicht passend, der späteren Erwägung aber anheim zu geben sei, ob an einer anderen Stelle, etwa bei Artikel 102, ein derartiger Vorbehalt zweckmäßig einzufügen sein möchte. Die Centralabtheilung hat daher vorgeschlagen, diesen Artikel in der wörtlichen und unveränderten Fassung des Commissions-Entwurfes anzunehmen.

Zu diesem Artikel sind folgende Amendements eingebracht: 1) Von dem Abg. Seßler: „Bei Artikel 1. hinzuzufügen: für die nicht zu Deutschland gehörigen Theile des Großherzogthums Posen wird die Vereinbarung einer besondern Verfassung vorbehalten.“ 2) Vom Abg. v. Auerwald (Frankfurt): „Die hohe Versammlung wolle beschließen, in dem Art. 1. statt der Worte: „in ihrem gegenwärtigen Umfange.“ die Worte: „so weit sie zu Deutschland gehören.“ aufzunehmen.“ 3) Vom Abg. Phillips: „Den Bewohnern des Großherzogthums Posen werden die ihnen bei der Verbindung des Großherzogthums Posen mit dem Preussischen Staat eingeräumten besondern Rechte gewährleistet. Ein gleichzeitig mit dieser Verfassungsurkunde zu erlassendes organisches Gesetz, wird diese Rechte näher festsetzen.“ 4) Vom Abg. Brodowski: „Zusatz: Das Großherzogthum Posen, als ein durch die Wiener Congress-Acte vom 9. Juni 1815 vom ehemaligen Herzogthum Warschau abgegrenzter und mit der Preussischen Krone vereiniger polnischer Landestheil, erhält dieselben in gegenwärtiger Verfassungs-Urkunde enthaltenen constitutionellen Rechte als Grundlage seiner nationalen Institutionen, welche ihm sowohl durch jenen staats-

rechtlichen Vertrag, als auch durch die königlichen Verheißungen von 1815 und durch die Cabinets-Ordre vom 24. März d. J. zugesichert worden sind.“

Bei Eröffnung der Diskussion drängen eine Menge Abgeordnete sich zum Bureau, um in die Rednerliste eingetragen zu werden.

Berichterstatter Lüdke: Artikel I der Verfassungsurkunde stellt das Staatsgebiet fest. Die Abgrenzung einzelner Theile Posens gehört eben so wenig zu dieser Feststellung wie die Abgrenzung Deutschlands. Die Frage, ob die Verfassung nur für die deutschen Kreise oder auch für die polnischen Theile des Großherzogthums Posen gelten solle, hat die Centralabtheilung dahin beantwortet, daß die Verfassung für den ganzen preussischen Staat Gültigkeit haben solle. Schon die Wiener Verträge verheißten dem Großherzogthum dieselbe Verfassung mit Preußen, und die Centralabtheilung hatte keine Gründe dagegen. Auch die Regierung theilte diese Ansicht, das zeigte sie durch Einberufung der Abgeordneten jener Provinz, und die Einwohner legten ihre Uebereinstimmung hiermit durch die Wahlen an den Tag. Die Garantie der polnischen Nationalität gehört nicht hierher, sondern wird dann zur Sprache kommen, wenn die für die Posener Verhältnisse niedergesetzte Kommission ihren Bericht erstatten wird.

— v. Daniels für den Commissionsbericht: Das doppelte z. des königlichen Titels enthält 70 Bestandtheile. Die einen davon haben Bezug auf die Herkunft des königlichen Hauses, andere auf den Länderbesitz, noch andere auf Ansprüche, welche für die künftige Einheit Deutschlands von Wichtigkeit sind. Der Titel: Großherzog von Posen ist der einzige, welcher auf eine administrative Maßregel sich bezieht, so wie der Titel: Fürst von Neuchâtel und Valengin allein eine besondere Nationalität betrifft. Die Begrenzung des Staatsgebietes gehört gar nicht zu unserer Kompetenz, wir haben nur die inneren Bestimmungen der Verfassung zu treffen, und je freisinniger diese werden, desto vollständiger werden die Nationalitäten garantirt sein. Bei der bisherigen deutschen Verfassung war es wohl möglich, daß ein Theil Preußens nicht zu Deutschland gehörte, jetzt bei einem Bundesstaat ist dies nicht möglich. Theile auszuschneiden, welche dann mit der übrigen Monarchie bloß durch Personalunion verbunden sein würden, dazu bleibt noch immer Zeit. Ich bin deshalb für den Bericht, sowohl in Bezug auf den Artikel 1., als auf den Titel des Königs. — Der Präsident macht bei dieser Gelegenheit zur Vermeidung von Verwirrung in der Diskussion darauf aufmerksam, daß dieselbe jetzt nur auf Art. 1 und die dazu gestellten Amendements sich zu beschränken habe. — Phillips gegen den Abtheilungsbericht: Die außerhalb des Großherzogthums Posen lebenden Staatsbürger können nur eine gründliche und unparteiische Würdigung der Verhältnisse wünschen. Diese ist freilich vor Erstattung des Berichts der Posener Commission möglich, doch da die Sache einmal so liegt, scheint mir mein Amendement der geeignetste Weg. Das Prinzip der Nationalität ist in der neuesten Zeit so zu sagen Mode geworden und beruht auch wirklich auf einer natürlichen Grundlage, allein wenn man nun das Territorialprinzip auf einmal ganz aufheben lassen wollte, würde man damit viele Conflithe herbeiführen. Es würde eine Consequenz sein, daß auch große Theile Westpreußens weggegeben werden müßten, wo Polen, Kasuben und Masuren wohnen, eben so die von Polen und Wenden bevölkerten Theile Schlesiens und der Lausitz, gegen man auf die von den Deutschen bewohnten Gegenden des Elsaß, Lothringens und der Ostprovinzen Anspruch zu machen hätte. Das richtige Prinzip aber scheint mir, daß die Minorität der Bevölkerung der Majorität sich fügen müsse und nur das beanspruchen könne, was die Frankfurter Versammlung in der Sitzung vom 10. Juni so schön in einem Beschlusse anerkannt hat: daß die fremden Nationalitäten auf deutschem Boden freier Entwicklung in vollem Maße sich zu erfreuen haben sollen. Was insbesondere das Großherzogthum Posen betrifft, so ist durch den am 3. Juni 1815 zwischen Preußen und Rußland geschlossenen Traktat bestimmt, daß Posen mit Preußen verbunden werden solle, aber es sollte ein besonderer Statthalter dort residiren, und in merkantilischer Beziehung wurden den Einwohnern des früheren Herzogthums Warschau besondere Rechte eingeräumt. Der Aufruf vom 15. Mai 1815 war nicht bloß an die Polen, sondern überhaupt an alle Einwohner des Großherzogthums Posen gerichtet. Dort waren aber von jeher viel Deutsche, deren Zahl mindestens 420,000 beträgt, und zwar datirt die Einwanderung schon seit den ältesten Zeiten des Mittelalters. Der Aufruf konnte auch an Diese mit gerichtet werden, weil bei der Einsetzung eines polnischen Statthalters auch sie für Sprache, Religion und dergleichen Gefahr fürchten konnten, welcher Furcht jener Aufruf entgegentritt. So wird auch in der Formel des Huldigungsaktes das Großherzogthum Posen als das Vaterland der Unterthanen bezeichnet. Ob eine Personal- oder Realunion stattfindet, ist indifferent. Den Posenern wurden Einrichtungen nach den Formen bürgerlichen Daseins versprochen (formes d'existence politique), es wurde also keine besondere Verfassung verheißten, vielmehr räumte man nur besondere Rechte ein und versprach deren Aufrechterhaltung. Verträge muß man aber auch im öffentlichen Leben halten. Die Demarkationslinie ist ein schlechtes Auskunftsmittel, es ist so, als wenn man zwei Leute, die in einem Zimmer wohnen, und sich nicht vertragen können, dadurch beruhigen wollte, daß man einen Kreidestrich zwischen ihnen zieht. Dies ist ganz unrichtig, es kommt nur darauf an, versprochene Rechte aufrecht zu erhalten. Antrag für den Abtheilungsbericht: Die in Artikel 1. enthaltene Bestimmung des Staatsgebietes wäre anderwärts nicht geeignet, eine große Debatte herbeizuführen, nur bei uns ist dies der Fall. Die Polenfrage ist seit 18 Jahren nie erörtert worden, ohne die Aufmerksamkeit der Welt zu erregen. In dieser Versammlung sitzen Leute beider Parteien, doch haben wir hier nur nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Politik zu entscheiden. Dabei sind vorzüglich 4 Fragen möglich. Erstens fragt es sich: Können wir nach staatsrechtlichen Grundsätzen den Artikel 1. annehmen? Dies ist unbedingt zu bejahen. Man mag über die Wiener Verträge denken wie man will, genug sie sind einmal da, und müssen also gehalten werden, denn staatsrechtliche Verträge wie privatrechtliche können nur dann gebrochen werden, wenn sie erzwungen sind, und das sind die Wiener Verträge nicht. Der Redner verfolgt nun höchst ausführlich alle Einzelheiten der Wiener Verträge und die Geschichte Posens von 1810 bis auf die Flottwellsche Verwaltung.

Die zweite Frage ist: Sind die politischen Verhältnisse so, daß wir den Artikel 1. annehmen müssen? Auch dies ist zu bejahen, denn Posen kann kein eignes Land bilden, eine Trennung der Nationalitäten ist unmöglich, das Land zwischen Oder und Weichsel würde sonst jedem feindlichen Einfall preisgegeben sein, und den nach Ausschneiden der deutschen Nationalität verbleibenden kleinen Rest

abzufordern, wäre vielmehr eine Verhöhnung der Polnischen Nationalität. Die dritte Frage ist, ob die Amendements von Gessler und v. Auerwald schon jetzt anzunehmen seien? Das ist zu verneinen, weil diese Frage nicht nebenbei entschieden werden kann. Auch sind die Anträge von Deenen gemacht, welche früher immer gegen das Frankfurter Parlament waren. Posen ist noch keine Deutsche Provinz, die Frage ist eine völkerrechtliche, alle Europäischen Nationen interessirende und muß mit Delicatez behandelt werden, damit wir nicht einen zweiten Waffenstillstand von Malmö bekommen. Soll ein Theil Posens aus der Monarchie ausscheiden, so ist unsere Zustimmung nöthig, soll er bei derselben verbleiben, dann muß er auch dieselbe Verfassung bekommen. Die vierte Frage ist: in wie weit das Phillips'sche Amendement begründet ist? Eine Einverleibung kann natürlich nur unter den in den Verträgen enthaltenen Bedingungen erfolgen, die besondern Gerechtsame der Polen müssen in einem besondern Gesetze formulirt werden. Unterdrückung der Nationalität ist eine schlechte Politik. Als unter Sigismund August, dem letzten Jagellonen, der Vorschlag gemacht wurde, das Herzogthum Preußen Polen einzuverleiben, widersetzte sich der Castellan von Krakau, Ladislaus Tarnowski, weil das Land besondere Gesetze und Einrichtungen hatte. Diese besondern Rechte Posens müssen auch wir schügen. Lassen wir uns Belgien zum Beispiel dienen, wo auch Wallonen und Flämänder einträchtig neben einander wohnen. Ob eine Herstellung des alten Polenreichs möglich, will ich aus Ehrfurcht vor fremden Staaten nicht erörtern, aber die Geschichte lehrt, daß keine Nationalität untergeht, an der so festgehalten wird, wie an der Polnischen. Haben wir Achtung und Ehrfurcht vor den Resten des alten Polens! (Bravo.)

Gessler gegen den Bericht: Der poetischen Auffassung des vorigen Redners muß ich eine prosaische entgegensetzen. Wir wollen den status quo von 1848, nicht von 1815. Die unglückliche Lage der Deutschen in jener Provinz erfordert schnelle Lösung dieser Frage, statt deren man uns immer auf jene Commission verweist, von der eins der ausgezeichnetsten Mitglieder eben gesprochen hat, und die den Interessen der Deutschen nicht freundlich ist. Man hat darin sogar die Frankfurter Beschlüsse in Frage gestellt, und eins ihrer Mitglieder hat sich gerühmt, Vorsteher der Liga polska zu sein, über deren Tendenzen ich nicht sprechen will, weil ich sie nicht kenne (Heiterkeit), deren Wirkung aber Wiederanspannung des Hasses zwischen den Nationalitäten ist. Der Verfassungsentwurf der Regierung unterscheidet richtig die einer besondern Reorganisation vorbehaltenen Theile, diesen Unterschied hat man jetzt weggelassen. Das Brodowski'sche Amendement ist so naiv gefaßt, daß ich kaum meinen Augen traute. Es will ein besonderes Polnisches Reich; das Phillips'sche Amendement will Alles nebelhaft lassen. Mein Amendement zeigt den einzigen Weg, den neuesten Ereignissen Rechnung zu tragen. Das frühere Regierungssystem hinderte die Aufnahme Posens in den deutschen Bund, um Preußen den Charakter einer europäischen Großmacht zu wahren. Die Kabinettsordre vom 24. März und das Wort des Königs: „Preußen geht fortan in Deutschland auf!“ verursachten die polnische Insurrection. Endlich griff man zu dem allein gerechten Mittel der Trennung. Die Deutschen verlangen keine Privilegien, die Nationalität der Polen ist durch den Frankfurter Beschluß gesichert. Verderben nicht auch wir wie Oesterreich unsere Stellung zu Deutschland durch Hinneigung zum Slaventhum. — Vice-Präsident von Unruh übernimmt den Vorstoß. — Hr. Cieszkowski berichtet faktisch, daß der Prinz von Preußen nur den Titel eines Statthalters von Pommern führe, aber nicht dort residire. — Gessler macht die persönliche Bemerkung: er habe nicht gesagt, die Commission sei den deutschen Interessen feindlich, sondern er habe Grund zu vermuthen, sie sei denselben nicht freundlich gesinnt. (Unruhe.) Uebrigens residire in Neuworpommern auch ein Statthalter, der Fürst von Putbus. — Brodowski macht die persönliche Bemerkung: Sein Amendement wolle kein neues Reich stiften, sondern nur die Versprechen von 1815 und diesem Jahre erfüllen. Auch schon auf dem vorjährigen Vereinigten Landtage seien in Folge der Posener Petitionen Versprechungen gemacht worden. — Wachsuth für den Bericht: Wenn man den Vortrag des Abgeordneten Arns poetisch gefunden hat, so bemerke ich, daß die Wiener Congress-Acte und die anderen Documente nicht zu unserer poetischen Literatur gehören. Die Verfassungscommission ging davon aus, eine Verfassung für Polen und Deutsche zu machen. Das Phillips'sche Amendement ist zu unbestimmt und nicht am rechten Orte. Territoriale Rechte können nicht jetzt ohne Deutschland entschieden werden, nationale Rechte sind bei den betreffenden Theilen der Verfassung geltend zu machen. Ich trug die Sympathie für unsre mißhandelten Polnischen Brüder immer im Auge. In Posen hat sich das Sprüchwort erfüllt: „Unrecht Gut gedeiht nicht!“ (Bravo.) — Phillips berichtet faktisch, daß er im zweiten Satz seines Amendements ein organisches Gesetz gleichzeitig mit der Verfassung gegeben wissen will. — v. Auerwald (Frankfurt) gegen den Bericht, schließt mit den Worten: Ich komme nur ein geringer Erlas ist für so viel vergangene Größe, aber die Geschichte der Länder und Völker werden anderswo erwogen. Im Namen des Deutschen und Preussischen Vaterlandes mahne ich Sie an Erwägung ihrer Entschiedenheit. Deutschland hat genug an den Verwicklungen im Westen und Norden, in Limburg und Schleswig, rufen wir nicht noch eine im Osten herbei, die leicht noch gefährlicher werden könnte. Ich schließe mit den Worten, die anderweit ein berühmter Mund gesprochen: „Für die Freiheit, die Freiheit Aller, die Wohlthat des Landes aber über Alles!“ (Bravo rechts.)

v. Pokrzywnicki für das Amendement Phillips. Wenn man die Liga polska verdächtigt, so bekenne ich, daß auch ich derselben angehöre; aber ich würde der Erste sein, welcher ausschiede, wenn sie zu ungesegneten Mitteln griffe. Seit 1815 hat faktisch zwischen Preußen und Posen nicht bloße Personal-Union, sondern eine Real-Union bestanden. Es fragt sich was künftig bes. Verträge von 1815 berufen; aber es ist dieselbe Ironie, wenn die Herren, die das Princip der Nationalität mächtiger sein wird, als alle Verträge, aber auf uns anwendet. Preußen hat 2 Millionen Slaven; von diesen sollen 492,000 hat 1,300,000 Einwohner, davon lasse Schlesien und Westpreußen weg. Posen 420,000 Deutsche, 80,000 Juden. Jenseits der Demarcationslinie wohnen immer noch an 50,000 Deutsche, und diesseits derselben wohnen noch 46,000 Polen mehr als Deutsche. Dies ist die Gerechtigkeit, die dies Projekt den Na-

tionalitäten widerfahren läßt. — Der Redner liest weiter einen Brief vor, den der jetzige Ministerpräsident den 12. Mai an den Kriegsminister von Posen aus geschrieben. Es wird darin gesagt, daß die Polen die Demarkationslinie sehr fürchteten, und in der Alternative lieber ganz zu Deutschland geschlagen zu werden wünschten. Es müsse dann das ganze Land so mit germanischen Elementen durchdrungen werden, daß eine Abtrennung später nicht mehr möglich sei. — Das abgetrennte Stück werde notwendig ein Sammelplatz russenfeindlicher Tendenzen werden. — Der Redner zieht daraus den Schluß, daß Posen fortwährend von einem dem Flottwell'schen ähnlichen Systeme bedroht sei; die letzte Folgerung des Briefes aber sei zuzugeben. Wenn man von den 535 QM. Posens 130 den Polen übrig läßt, so würde dort ein Sammelplatz aller Emigranten und Malkontenten, ein Heerd ewiger Unruhen werden, und bald werde Niemand dort wohnen wollen. Die Demarkationslinie sei die unglücklichste je vorgeschlagene Maßregel. — Der Ministerpräsident bemerkt, daß der erwähnte Brief ein bloßes Privatschreiben an seinen Freund, den damaligen Kriegsminister, gewesen sei. Gessler führt nochmals die Zahlen der Deutschen und Polen in den einzelnen Kreisen der Provinz aus einer Statistik von 1846 an, wonach sich das Verhältniß sehr günstig für die Deutschen stellt. Doch widerlegt Dr. Behnisch dies dahin, daß diese Statistik nur die ausschließlich polnisch redenden den zugleich deutsch und polnisch redenden Einwohnern gegenüber stelle. Die Letzteren seien so wenig Alle Deutsche, als sämmtliche hier anwesende Vertreter der Provinz, welche doch sämmtlich beide Sprachen redeten. Den nationalen Unterschied bezeichne vielmehr weit genauer die Scheidung der Religionen, und wenn man die Katholiken als Polen zählen dürfe, so stelle das Verhältniß sich ganz anders. Der letzteren Berechnung wird von den Abg. Scholz (für Meserich), Kuepfer (für Wirsh) und Seger widersprochen. — Bauer (für Krotoschin): das Unrecht der alten polnischen Theilungen ist für uns durch den Tilsiter Frieden ausgelöscht, denn da gab Preußen alle polnischen Landestheile heraus. Die Polen haben auf allen Schlachtfeldern unter Napoleon gegen uns gekämpft. 1815 ist uns dafür Posen als Preis des Sieges zu gefallen. Wir haben mit der Eroberung des Schwertes die friedlichen und heiligen des Pfluges verbunden, und wollen eine deutsche Bevölkerung bleiben auf dem Boden, den wir mit unserm Blute und Schweiß erworben haben. Dies ist die Stimmung der ganzen deutschen Bevölkerung der Provinz. Man sagt, ein freies Polen werde uns einen Damm gegen Rußland bilden. Vielmehr wird sein Bestreben sein, die Weichselmündungen wieder zu gewinnen, und was soll uns dann noch die Enclave um Königsberg? Die Sympathien für Polen sind groß und edel, aber die Lage der Wirklichkeit widerspricht ihnen. Die Polen sollen unsre Freiheit theilen, ihre Religion, Sprache und Sitte soll unangetastet bleiben. Befriedigt sie dies nicht, so muß die Geschichte zwischen uns entscheiden. Wir Deutsche in Posen brauchen ihnen nicht das Recht der Verträge entgegenzuhalten; wir können uns ihnen auf dem Boden der Revolution und des Principes der Nationalitäten kühn entgegenstellen. v. Brodowski beruft sich darauf, daß die Polen nie eine Elle fremden Landes genommen. Gessler erwähnt dagegen der Eroberung Westpreußens. Moriz: Es handelt sich hier gar nicht um die Scheidung der Nationalitäten; will man diese vollziehen, so thue man es in Frankfurt. Hier kommt es allein auf die Feststellung des preussischen Staatsgebietes an. Wir alle sind Preußen ohne Unterschied der Nationalität, und die Verfassung spricht überall nur von Rechten und Pflichten der Preußen; so hat sie gleiche Beziehung auf alle Landestheile. Fordern die Polen besondere Garantien für ihre Nationalität, so sind sie ihnen bei den einzelnen betreffenden SS. zu geben. v. Lisiecki kommt auf die versuchte Geremonie der Provinz seit 1815 zurück. Wahrlich nicht die Blüthe der deutschen Nation sei während dieser Zeit zu den Polen gekommen. Die Beamten, mit denen man die Provinz überschüttet, hätten den Polen wie ein Mittelding zwischen Mensch und Affe behandelt. Woher sollte nun das gegenseitige Wohlwollen kommen? — Die Demarkationslinie ist nicht bloß ein unglückseliger, sie ist ein fanatischer Gedanke. Unsre Feinde wünschen uns jenseits derselben angeblich ein Eldorado, aber wir müßten dort vollends verderben; es wäre ein Fleck, zu klein darauf zu leben, zu groß, darauf zu sterben. Ein auf gegenseitige Achtung beider Nationalitäten begründetes Verhältniß, schließt der Redner, denn über die Herzen werden Sie doch keine Competenz haben. Es wird Schluß der Debatte beantragt. v. Kirchmann gegen den Schluß: Die Amendements von Gessler und v. Auerwald sind schon als verurtheilt anzusehen. Sie enthalten eine Verletzung von Staatsverträgen, eine neue Theilung Posens; sie wollen ein neues kleines Land schaffen, einen Heerd von Unruhen und Gefahren eines auswärtigen Krieges. Das Amendement von Phillips ist dagegen noch nicht hinreichend erörtert. Dasselbe wahrt nicht bloß nationale Rechte, sondern es hat auch eine territoriale Beziehung. Die Provinz ist nach früheren Verträgen eine besondere innerhalb des Staates. Dies Verhältniß kann nur in diesem Titel der Verfassung festgestellt werden. v. Berg für den Schluß. Der Gegenstand sei so weit erschöpft, als dieß bei der jetzigen schwankenden Sachlage überhaupt möglich sei. — Der Schluß wird verworfen, aber Vertagung der Debatte bis nächsten Montag angenommen. Schluß der Sitzung 2½ Uhr. Nächste Sitzung morgen früh 9 Uhr.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Pinne, den 20. Oktober 1848. In der gestrigen No. dieser Zeitung wird das bei der Parade am Königs Geburtstag von dem Militär-Befehlshaber zu den Truppen Gesprochene so entstellt mitgetheilt, daß es durchaus nöthig ist, den wahren Thatbestand hier darzustellen.

Der Herr Major von Schenkendorf ermahnte die versammelten Truppen in der eidl ich gelobten Treue und Anhänglichkeit zum Könige und Vaterlande nicht wankend zu werden, es würde anderwärts vielfach versucht, den Soldaten abwendig von seinem Könige zu machen; solche Versucher verdienen von Euch mit dem Bajonett niedergestochen, oder mit dem Säbel niedergehauen zu werden. —

Dies die Worte eines Befehlshabers zu seinen Truppen.

Dem anonymen Einsender Eingangs erwähnter Annonce scheint die herrliche Stimmung des hiesigen Militärs für König und Vaterland ein Dorn im Auge zu sein, er mag wohl fühlen, daß bei denselben die geprüften demokratischen Tendenzen keinen Eingang finden, wir wollen ihm rathen, sich auch für die Folge der Öffentlichkeit zu verbergen, da es leicht möglich sein könnte, daß

die mit Recht beleidigten Soldaten und gutgesinnten Bürger ihn mit mehr als mit einer sogenannten Ragenmuffel bedenken möchten.

Für mehrere gutgesinnte Bürger A. Appel.

In Nr. 235. der Posen'schen Zeitung sind die traurigen Vorgänge bei der zu Jezierce stattgefundenen Holz-Licitation ganz wahrheitsgemäß geschildert worden. Dem ungeachtet wagen es einige Holzkäufer (?), angeblich aus dem Kositzhner Distrikte, in Nr. 240. derselben Zeitung, die Wahrheit als Unwahrheit hinzustellen.

Wir fragen euch Feinde der Wahrheit: „Habt ihr nicht gesehen und gehört, wie der Herr Oberförster Stahr sich ungesümm gebedrte, als man von ihm erbat, er möge in kleinen Parthien das Holz verkaufen lassen? hat er nicht dann erst nachgegeben, als er einsah, wie unheilvoll seine Weigerung noch werden könne? habt ihr nicht gehört, wie gerade von den Holzkäufern aus dem Kositzhner Distrikte die Einsicht in die bestätigte Holz-Taxe verlangt, und wie diese anfänglich verweigert wurde? ist es denselben nicht erst nach vielen Debatten gelungen, daß sie nach Beendigung der Licitation diese Taxe zu Gesicht bekommen? könnt ihr es leugnen, daß Ungerechtigkeiten und Ungeheuerlichkeiten vorkamen? könnt ihr es leugnen, daß es nur einer kleinen Aufregung noch bedurft, um die bedauerlichsten Auftritte herbeizuführen? Im Interesse des Publikums fragen wir aber noch: warum kommt der Herr Rentmeister aus Posen zur Empfangnahme des Verkaufsgeldes hierher? Ist es nicht genug, daß der befeldete Forstreceptor aus Pudewitz anwesend ist? Kann nicht der Staatskasse diese Lantime erspart werden? Möchten doch überhaupt die verhassten Holz-Licitationen ihr baldiges Ende finden. Den Forstbeamten sind sie eine Erleichterung, aber dem Publikum sind sie ein harter Druck. Es wird ja überall an Verbesserungen gearbeitet — möchte es auch hier besser werden!

Die wahrheitsliebenden und unpartheiischen Holzkäufer des Pudewitzer Distrikts.

Behufs Reparatur des Straßenpflasters an der Pallisaden-Barriere in der Schützenstraße, muß die Passage durch diese Barriere am 25. und 26. d. M. für Fuhrwerk gesperrt werden, was hierdurch zur Nachachtung bekannt gemacht wird.

Posen, den 19. Oktober 1848.

Königl. Kommandantur. Königl. Polizei-Direktorium. v. Mos.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Rogasen.

Das den August Hebringschen Erben zugehörige Erbpachts-Vormerk im Dorfe Stomowo, im Kreise Dobornik belegen, abgeschrieben auf 15,586 Rthlr. 20 Sgr., soll

am 26sten April 1849 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die Taxe nebst Hypothekenschein und Bedingungen können in unserem III. Geschäfts-Bureau eingesehen werden.

Rogasen, am 7. Juli 1848.

Auktion.

Mittwoch den 25. Oktober Vormittags von 10 Uhr ab, sollen Gerberstraße No. 47. einige Möbel, Haus- und Küchengeräthe, nebst verschiedenen andern Gegenständen, 1 Wagen (Art Britische), und altes Geschirr, gegen baare Zahlung versteigert werden.

A n s c h u ß.

Lotterie.

Die Ziehung der IV. Klasse 98ter Lotterie beginnt am 2ten November. Ich fordere meine geehrten Spieler auf, die Erneuerung ihrer Loose bis dahin zu bewirken.

Kaufloose zu dieser Klasse sind vorhanden.

Vielefeld, Lotterie-Einnehmer.

Daguerreotyp-Portraits,

(Lichtbilder) werden Wilhelms-Straße No. 7. im Hause des Herrn Conditor Veely von mir schnell und sauber angefertigt. Bernhard Fiebn.

Der Ausverkauf

von Tuch, Stidwolle, Perlen, Canavas und Stidereien, so wie verschiedenen andern Tapissierwaaren zum Einkaufspreise wird in dem Hinterhause des Herrn Kaufmann Träger fortgesetzt von

Eduard Bogt,

Ziegenstraße No. 22.

Durch vortheilhafte Einkäufe in letzter Leipziger Messe verkaufen

Gebrüder **Nich**, Ecke Neuestraße No. 70., Stoff zum anständigen Winterrock oder Palitot für 3 bis 10 Rthlr. dto. dto. Winterbeinkleid für 2 bis 8 Rthlr.

neueste Westen, Halsbekleidung, wollene Jacken, Handschuhe, praktische Gummi-Schuhe, wie auch Cholera-Binden zu den billigsten Preisen.

Die Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft,

gegründet auf ein Actien-Capital von Einer Million Thaler, nimmt unter verschiedenen Modifikationen Versicherungen an auf einzelne und verbundene Leben, auf bestimmte Jahre und auf Lebenszeit, und garantirt den lebenslänglich bei ihr Versicherten zwei Drittel des reinen Gewinns, ohne jemals Nachschüsse von ihnen zu beanspruchen.

Desgleichen versichert sie Renten und Capitalien in mannigfacher Art.

Durch den Militärdienst im Frieden, so wie durch den Eintritt in die Bürgerwehr oder ein ähnliches Dienstverhältnis, wird in den allgemeinen Bestimmungen nichts geändert. Bei ausbrechendem Kriege kommen für die versicherten Militär-Personen die besondern Vorschriften bezüglich des Rückkaufs der Versicherungen und der Ausdehnung derselben auf Kriegesgefahr in Anwendung.

Die Gesellschaft nimmt jederzeit Versicherungen an, und setzt auch an solchen Orten, in denen epidemische Krankheiten, wie z. B. Cholera, herrschen, ihre Geschäfte unverändert fort.

Geschäfts-Programme werden in unserm Bureau, Spandauerbrücke No. 8, so wie bei unsern Agenten unentgeltlich ausgegeben.

Berlin, den 18. Oktober 1848.

Direktion der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Vorstehende Bekanntmachung bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß

Posen, den 22. Oktober 1848.

Die Agenten der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

Jac. Träger, in Posen.

Drewis, Stadtkämmerer in Rogasen.

A. L. Köhler in Gnesen.

Apotheker Plate in Lissa.

Apotheker Rabsch in Pleschen.

Theodor Stöckmar in Wollstein.

Carl Tiesler in Krotoschin.

Gestern Abend am Sonnabend, den 21. d. M., ist ein großer gedeckter Möbelwagen hier eingetroffen und wird uneinballirte Möbel nach Breslau billig als Rückfracht annehmen. Das Nähere bei Herrn Bäckermeister Maiwald auf St. Adalbert No. 3.

No. 28. Friedrichstraße ist eine bequeme Parterre-Wohnung von 3 Stuben nebst Küche, und eine kleine Wohnung für Herren ohne Möbel für 2 Rthlr., und mit Möbeln für 2 Rthlr. 10 Sgr. monatlich zu vermieten. Näheres bei Zycklinsti.

Die so sehr beliebten und als bewährt anerkannten **Alabms Dr. Gräfersche Brust-Thee Bonbons** gegen Husten und Heiserkeit, das Pfund à 10 Sgr., sind stets vorrätig bei

Busch, Friedrichstraße, No. 21.

Cholera.

Posen, den 21. Oktober. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 17 Personen, gestorben 10.

Marktberichte.

Posen, den 20. Oktober.

(Der Schl. zu 16 Mq. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf., auch 2 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf.; Roggen — Rthlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Gerste 26 Sgr. 8 Pf. auch — Rthlr. 28 Sgr. 11 Pf.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen — Rthlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Erbsen 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rthlr. 3 Sgr. 4 Pf.; Kartoffeln 7 Sgr. 1 Pf., auch 8 Sgr. 11 Pf.; der Ein. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr. 15 Sgr., auch 4 Rthlr. 20 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 20 Sgr., auch 1 Rthlr. 25 Sgr.

Posen, den 19. Okt. (Nicht amtlich.) Spiritus loco: kein Geschäft, Preis unverändert.

Berlin, den 19. Oktober.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 60 — 62 Rthlr.; Roggen loco 28 — 30 Rthlr., p. Frühjahr 82 pfd. 31½ Rthlr. Br., Okt./Novbr. 28 à 27½ Rthlr.; Gerste, große, loco 28 — 30 Rthlr., kleine 26 à 25 Rthlr.; Hafer loco nach Qual. 17 — 18 Rthlr., p. Frühjahr 48 pfd. 18 à 17 Rthlr., p. Herbst 17 à 16½ Rthlr.; Rapps und Rübsen 73 Rthlr.; Rüböl loco 11½ Rthlr. Br. u. bez., p. diesen Monat 11½ Rthlr. Br., ½ S., p. Okt./Novbr. 11½ à 11¾ Rthlr., Nov./Dec. dto., Dec./Jan. 11½ à 11¾ Rthlr., Jan./Febr. dto., Febr./März 11½ Rthlr. Br. 11½ bez., März/April 11½ Rthlr. Br., 11½ S., April/Mai dto., Leinöl loco 9¾ à 9¾ Rthlr., Lieferung 9¾ à 1½; Spiritus loco ohne Faß 14¾ und 14¾ Rthlr. verk., p. Herbst-Termine 15 Rthlr. Br., p. Frühj. 17 Rthlr. Br., 16½ S.

Die rühmlichst bekannte, Aecht englische Universal-Glanzwische

von G. Fleetword in London

in Büchsen zu 5 und 2½ Sgr., welche ohne Mühe den schönsten Glanz im tiefsten Schwarz hervorbringen und laut den in meinen Händen befindlichen Attesten der berühmtesten Chemiker, dem Leder durchaus unschädlich ist, es vielmehr weich und geschmeidig erhält, ist fortwährend nebst Gebrauchszettel in Commission zu bekommen bei Herrn G. Vielefeld in Posen.

Eduard Deser in Leipzig,

Haupt-Commissionair des Herrn Fleetword in London.

100 Schock ¼, ½, ¾ zollige ganz trockene Bretter sind auf dem am Ende der kleinen Gerberstraße belegenen Gelfeschen Grundstück No. 13. billig zu verkaufen.

Mittwoch den 25. d. M.

bringe ich 13 Stück frischmeltende Nebrucher Hauptkühe nebst Kälbern nach Posen und logire wie bisher Kämmerer-Platz im Gasthof zum Eichborn.

Fr. Schwandt.

Neue Straße, in dem Kobylpöler Keller, wird vom 21. d. Mts. ab das Quart Milch zu 1½ Sgr. verkauft.

Zum Mittagisch im Abonnement pro Monat 7½ Rthlr. ladet ergerst ein

Klingenburg, Bresl.-Str. No. 37.

Heute, Sonntag den 22. Okt., frische Würst und Sauerkraut, und Tanzvergnügen, wozu ganz gegebenst einladet

K. Zimmermann,

auf Columbia zum Feldschlösschen.

Es sind aus einem Hause hieselbst 13 Stück silberne Eßlöffel und ein großer Suppenlöffel im Werth von 50 bis 60 Rthlr. mit dem Zeichen E. v. P. verwendet worden; demjenigen, welcher zur Wiedererlangung dieser Stücke die nöthige Mittheilung zu geben vermag, wird eine Belohnung von 10 Rthlr. zugesichert, die ihm von dem Rechnungsführer des 7. Husaren-Regiments ausbezahlt werden wird.

Posen, den 21. Oktober 1848.

Von unbekannter Hand habe ich heute ein freundliches Schreiben über meine Wirksamkeit und dabei zehn Thaler zur Disposition erhalten. Ich sage meinen Dank für dieses Wohlwollen, bin jedoch in meiner richterlichen Stellung verpflichtet, gleichzeitig zu bitten: entweder das Geld, nach vorhergängiger Legitimation, zurück zu nehmen oder mir mitzutheilen, zu welchem wohlthätigen Zwecke ich dasselbe verwenden soll. Erhalte ich hierüber bis zum 25. Oktober keine genügende Auskunft, so werde ich die zehn Thaler, nach Abzug der Insertionskosten, zur Kasse des hiesigen Rettungsvereins einzahlen.

Posen, den 21. Oktober 1848.

R. Rüttner, Land- und St.-G.-Rath,